



Stadt Neustadt (Hessen)

Neustadt 2025

SOZIALE STADT

Straßenbau

Gebäudeunterhaltung

Waldstadion

Integration



Haus der Begegnung

Rathausplatz

Ehrenamt

Seniorenarbeit

Kinderbetreuung

Kultur

Hallenbad

Familienzentrum

„Hessenkasse“

Jugendheim

DORFENTWICKLUNG

Freibad



Wir schaffen das !

**„Wer ein Ziel nicht verfolgt, der bleibt nicht nur stehen,
der fällt zurück.“**

(Manfred Rommel 1928-2013)

„Gemeinsam für Neustadt – das ist unser Auftrag.“

Meine Rede anlässlich der Einbringung des **Haushaltsplanes 2018**, dessen Motto **„Neustadt 2025 – Wir schaffen das!“** lautet, schloss ich im vergangenen Dezember mit folgenden Worten:

„Gerne bin ich bereit, weiterhin für diese Kommune und ihre Menschen zu arbeiten. Als Kapitän unseres „kleinen Seglers“ möchte ich gemeinsam mit Ihnen Neustadt, Mengersberg, Momberg und Speckswinkel weiter voranbringen und zumindest bis 2025 das umsetzen, was jetzt auf den Weg gebracht wird.“

Dies wird mir nun durch das Votum der Wählerinnen und Wähler bei der Bürgermeister-Direktwahl am **28. Oktober 2018** ermöglicht. Dafür bin ich sehr dankbar.

Seit Juli 2007 stehe ich nun schon auf der Kommandobrücke unseres „kleinen Seglers Neustadt“ und tue es nach wie vor gerne.

Was gibt es denn auch Schöneres, als wenn man als Bürgermeister die Zukunft seiner Heimatstadt an herausgehobener Stelle (mit-)gestalten darf?

Gestalten, das ist es, was ich mir zur Aufgabe gemacht habe.

Bloßes Verwalten ist meine Sache nicht.

Gerade **der Haushaltsplan dokumentiert**, wie es Landrätin Kirsten Fründt anlässlich ihrer Haushaltsrede 2019 zutreffend ausführte, den **politischen Gestaltungswillen** dessen, der ihn einbringt und damit letztlich verantwortet.

Zudem gibt eine Haushaltsrede natürlich stets auch die **Gelegenheit zur Bestandsaufnahme**.

Wo stehen wir? – Wo wollen wir hin?

In den Jahren 2008-2015 waren unsere Haushalte teilweise hoch defizitär und die finanzielle Situation angespannt, dennoch haben wir unter meiner Verantwortung als Bürgermeister im Rahmen des Möglichen gestaltet und auf diese Weise die Kommune vorangebracht, wenn auch mit kleinen Schritten.

Um wie viel mehr können wir nun Gestaltungsspielräume nutzen und Großprojekte umsetzen, da wir über die finanzielle Grundlage hierfür verfügen.

Dies entbindet uns gleichwohl nicht von der **Verpflichtung, Prioritäten zu setzen und klug mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen.**

Diese Aufforderung zu einer **soliden und planvollen Finanzpolitik** wird sich wie ein roter Faden durch diese Haushaltsrede ziehen. **Sehen Sie dies bitte nicht als bloße Wiederholung an, sondern als mir wichtige Vertiefung eines Kerngedankens meiner kommunalpolitischen Zielsetzung** für unsere Heimatstadt.

Es ist mir eine Freude, auch weiterhin als **Motor und Motivator** gemeinsam mit Ihnen, den Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der Ortsbeiräte für unsere Heimatstadt zu arbeiten.

Eine Zustimmung von 81,1 % der abgegebenen Stimmen nehme ich als klare Legitimation, um den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen, um „Neustadt 2025“ zu gestalten.

Das Ergebnis vom 28. Oktober 2018 ist dabei für mich zugleich **Auftrag und Verpflichtung.**

Dieses Votum ist aber letztlich auch eine Bestätigung für unsere **„Neustädter Verhältnisse“**. Für unser gutes Miteinander in den städtischen Gremien, für eine **sachbezogene Politik, die das Gemeinsame sucht, nicht das Trennende.**

Eine Kommunalpolitik, die ein klares Ziel hat, nämlich die Weiterentwicklung der Neustädter Kernstadt und der Stadtteile.

Dieser von uns **eingeschlagene Weg muss** auch in den kommenden Jahren eine **Fortsetzung erfahren.**

Er wird von der Bürgerschaft begrüßt und wir werden darum von etlichen Kommunalpolitikern anderer Städte und Gemeinden beneidet.

In diesem Zusammenhang will ich mich nochmals beim Vorsitzenden der SPD-Fraktion für seine Worte am 29. Oktober 2018 bedanken. Hans-Gerhard Gatzweiler hat die Gegebenheiten zutreffend beschrieben.

Sie dürfen mir glauben, dass ich auch nach der erfolgreichen Bürgermeisterwahl mit beiden Beinen **auf dem Boden bleiben** und **meine Arbeit so fortführen werde, wie ich es in der Vergangenheit** getan habe:

Engagiert, überparteilich, zum Wohle dieser Stadt und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Es ist mir dabei auch zukünftig wichtig, **Sie alle mit einzubeziehen.**

Lassen Sie uns nicht nur an einem Seil ziehen, sondern auch weiterhin in eine Richtung. Das heißt natürlich nicht, dass es zur Kommunalwahl 2021 eine „Neustädter Einheitspartei“ geben wird.

Die Politik – egal auf welcher staatlichen Ebene – lebt auch von unterschiedlichen Ansätzen, vom Diskurs um den besten Weg. Sie **muss** dabei aber **stets ein gemeinsames vor Augen Ziel haben.**

Wenn Kommunalpolitik erfolgreich wirken will, dann muss nach meinem Dafürhalten ein **Grundkonsens über die Zukunftsfragen** einer Stadt oder Gemeinde vorliegen, so wie es bei uns dankenswerterweise der Fall ist.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang schon heute eines betonen:

Wir brauchen auch nach der Kommunalwahl 2021 nur solche Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung, denen es bei ihrer Arbeit um unsere Kommune geht. Gruppierungen, die zwar viel zur Bundespolitik, aber wenig bis nichts zum örtlichen Geschehen sagen und hierfür keine Lösungsansätze haben, sind fehl am Platz.

Wir alle sind gefordert, die Wählerinnen und Wähler durch unsere sachbezogene Arbeit davon zu überzeugen, dass es zumindest auf der unteren Ebene keiner Protestwahl bedarf.

Bei unserer kommunalpolitischen Arbeit sollte uns ein Ausspruch Manfred Rommels leiten: **„Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl, sondern Chaos.“**

„Atmosphäre schaffen - Kommunalpolitik ganzheitlich denken und gestalten.“

In meine diesjährige Haushaltsrede habe ich mehrere Zitate von **Manfred Rommel (1928-2013)** eingebaut.

Der legendäre Stuttgarter Oberbürgermeister der Jahre 1974-1996 ist mir in seiner Amtsführung ein Vorbild. Er war konservativ, aber zugleich auch liberal und sozial. Rommel hatte eine politische Grundüberzeugung, **ihm gelang es aber, alle Bevölkerungsgruppen anzusprechen und Politik für die Bürger, nicht für eine Partei zu machen.**

Er fand deutliche Worte, wenn es angebracht war, und redete niemandem nach dem Mund.
Kurz gesagt: Manfred Rommel brachte Stuttgart voran.

Er gehörte zu einer Politikergeneration, nach der sich heute viele sehnen. Da wurde nämlich angepackt und gehandelt und nicht endlos diskutiert und gestritten.

In einem unterscheide ich mich allerdings von Rommel. Er sagte einmal, dass er ungern Oberbürgermeister geworden, aber es immer gerne gewesen sei. Sie alle wissen, dass ich dieses Amt seinerzeit anstrebte und mir bis zur Pension keine andere Tätigkeit vorstellen kann.

Getreu dem gerne von mir zitierten Wort des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß schuf Manfred Rommel „Atmosphäre“ für und in seiner Heimatstadt.

Neben Investitionen in bauliche Projekte engagierte er sich stets auch für soziale Vorhaben und gab der Kultur einen Raum.

In den letzten Jahren ist bei mir die Überzeugung gereift, dass man Kommunalpolitik nicht kleinteilig sehen kann, nicht sehen darf. Vielmehr gehören alle Bereiche letztlich zusammen.

Es bedarf daher einer Gesamtstrategie zur Weiterentwicklung von Neustadt, Mengersberg, Momberg und Speckswinkel.

Wenn wir ein neues Kultur- und Bürgerzentrum bauen, dann ist dies zwar zunächst einmal eine bauliche Investition, aber es ist doch viel mehr.

In diesem Gebäude wird es Angebote und Informationen für alle von 0-99 Jahren geben und damit wird **aktive Sozial- und auch Bildungsarbeit geleistet.** Zudem wird es dort nach meiner Vorstellung ein **breitgefächertes Kulturprogramm** - und zwar barrierefrei und damit für alle zugänglich - geben.

Ein kulturelles Angebot für Jung und Alt gehört zu einer aktiven Kommune, als die wir in der Region wahrgenommen werden, unbedingt dazu. Daher werden wir uns auch im kommenden Jahr in diesem Bereich in vielfältiger Weise engagieren.

Ausstellungen, Konzerte, das Straßenmalerfestival, Lesungen, die zeitgeschichtliche Veranstaltungsreihe und auch Feste, **alle diese Angebote sorgen dafür, dass in unserer Kommune etwas los ist, dass man über Neustadt spricht.**

Kultur braucht Platz und wenn es „nur“ eine Bühne ist. Unsere mobile Bühne ist in die Jahre gekommen und es braucht Stunden, bis alle Keile untergelegt sind und auch mit den Sicherheitsvorschriften ist es nicht mehr so weit her. **Eine neue Bühne** (23.000 Euro) soll hier zukünftig Abhilfe schaffen. Damit sparen wir bei unserem Stadtjubiläum sicher auch Kosten für eine Anmietung und eine kostenpflichtige Verleihung an Vereine sollte zumindest geprüft werden. *(Der genannte Preis basiert auf einer Preisabfrage bei einem Anbieter. Selbstverständlich wird hier versucht werden, eine gute, aber kostengünstige Bühne zu erwerben. Ggf. lohnt es sich, über eine gebrauchte Bühne nachzudenken.)*

Aufbauend auf die Machbarkeitsstudie für einen **Kunst- und Kulturpfad** schlagen wir vor, zukünftig auch in diesem Bereich Akzente zu setzen und im Zusammenwirken mit regionalen Künstlern schrittweise **Bleibendes** an geeigneten Stellen zu **schaffen**.

Hierfür haben wir einen entsprechenden Haushaltsansatz von 15.000 Euro vorgesehen und würden diesen gerne – wenn es uns die finanziellen Möglichkeiten erlauben - auch zukünftig fortschreiben. Ziel ist es dabei natürlich, Unterstützer zu finden, um die Ausgaben der Kommune reduzieren zu können.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf die Frage nach einer würdevollen Erinnerung für die ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Neustadt und Momberg eingehen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dass Thema der **Stolpersteine** zumindest mittelfristig nochmals zu behandeln. Ich ringe mit mir nach wie vor um den richtigen Weg bei diesem sensiblen Thema und **frage mich immer wieder, wie die Bevölkerung darüber eigentlich denkt.** Im Übrigen muss nach meinem Dafürhalten nicht immer Politik – egal auf welcher staatlichen Ebene - Anstöße für ein Tätigwerden geben oder ein Vorhaben zwingend selbst umsetzen, dies könnte durchaus auch einmal aus der Bürgerschaft heraus geschehen.

Darüber hinaus werden wir 2019 die inhaltlichen Vorarbeiten für unser **Stadtjubiläum Neustadt750 im Jahre 2022** weiter vorantreiben. Mit dem Programmentwurf, den wir im November öffentlich unseren Vereinen vorstellten, ist sicher ein erster wichtiger Schritt vollzogen. Es ist mein Ziel in vier Jahren ein Fest zu feiern, von dem alle angesprochen werden, die in unserer Stadt leben. **Ein Fest der Tradition, aber auch der Moderne. Ein Fest, das Neustadt als eine Kommune mit Zukunft zeigt.**

Nun aber zurück zum gesamtheitlichen Politikansatz für unsere Kommune.

Nehmen wir den durchgeführten **Bau von Spielplätzen in den Wohnquartieren Leipziger Straße und Emil-Rössler-Straße bzw. die 2019 anstehende Sanierung des Spielplatzes In der Aue** damit wurde und wird doch zugleich auch **Sozial- und Integrationspolitik** umgesetzt, denn auf den Spielplätzen treffen sich Kinder und Eltern aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und verschiedenen Herkunftsländern und knüpfen niedrigschwellig Kontakte.

Diese vielschichtige Betrachtung baulicher Maßnahmen lässt sich bei der Sanierung von Freibad und „Waldstadion“, aber auch beim Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ oder beim Dorfentwicklungsprogramm fortsetzen.

Alle diese Maßnahmen gehören letztlich zusammen. Sie sind Bausteine für „Neustadt 2025“ und decken bauliche Investitionen, soziale Aspekte und kommunale Kultur- und Bildungspolitik ab.

Ja, so wie Manfred Rommel verstehe auch ich Kommunalpolitik.

So habe ich in den letzten Jahren gehandelt und so werde ich es weiterhin tun.

Dabei bin ich dankbar, dass wir diesen Weg in so großer Einmütigkeit gegangen sind, denn das macht vieles leichter und man erreicht im Miteinander mehr als im Streit.

Unterstützen Sie mich bitte auch zukünftig dabei. Bringen Sie sich mit Ideen ein, fragen Sie nach und üben auch konstruktive Kritik.

„Neustadt 2025 - Kommunalpolitik braucht Kontinuität und Verlässlichkeit.“

Zwölf Haushaltspläne wurden bisher von mir verantwortet, zumindest bis 2025 werden noch sechs weitere folgen.

Den ersten hiervon lege ich Ihnen heute zur anschließenden Beratung in den Fraktionen und Fachausschüssen und zur Beschlussfassung am 11. Februar 2019 in der Stadtverordnetenversammlung vor.

Ein Zitat Manfred Rommels habe ich diesmal als Leitwort gewählt:

„Wer ein Ziel nicht verfolgt, der bleibt nicht nur stehen, der fällt zurück.“

Die Ziele für die kommenden Jahre habe ich bereits vor Jahresfrist formuliert und mit dem Slogan **„Neustadt 2025 – Wir schaffen das!“** umschrieben.

Auch wenn der Ausspruch „Wir schaffen das!“ bei vielen nicht gerade positiv besetzt ist, bleibt er für mich in Bezug auf „Neustadt 2025“ und die damit verbundenen Vorhaben nach wie vor gültig.

Vorhaben, die von allen, die in unserer Stadt kommunalpolitische Verantwortung innehaben, als richtig empfunden und mitgetragen werden.

Dies hat sich in der Abstimmung zum Haushaltsplan 2018 und in der Arbeit der letzten zwölf Monate gezeigt. Auch dafür bin ich dankbar.

Wir haben bekanntlich Großes vor, dies lässt sich - wie gerade festgestellt - nur im Miteinander erfolgreich umsetzen.

Der Haushalt 2019 baut auf dem Etat des vergangenen Jahres auf und ist somit dessen konsequente Fortschreibung.

Die Projekte, für die bereits 2017, insbesondere aber 2018 die Grundlagen geschaffen wurden, **werden in den kommenden zwölf Monaten weiter vorangetrieben.**

Dies wird auch durch das Titelbild des Haushaltsplanes 2019 deutlich gemacht.

Wir haben die Vorlage des vergangenen Jahres genommen und nur leicht überarbeitet – nämlich um den Begriff „Hessenkasse“ ergänzt - und geben mit **„GO!“** den **Startschuss für die Realisierung unserer Vorhaben in den kommenden Jahren.**

Der mittelfristigen Finanzplanung können Sie zudem bereits heute entnehmen, dass auch die Zahlenwerke der Jahre **2020-2022 in der Kontinuität** der vorhergehenden Haushaltspläne stehen werden, ja stehen müssen.

Lassen Sie mich dies mit einem **Bild aus dem Circus**, den ich bekanntlich so mag, beschreiben:

Es gibt das **klassische „Nummernprogramm“**, da folgt durchaus Attraktion auf Attraktion, aber es fehlt der Zusammenhang der einzelnen Darbietungen, der rote Faden. Die Darbietungen bauen nicht aufeinander auf und haben daher heute weniger Erfolg beim Publikum.

Und es gibt – wie etwa beim Circus Krone oder bei Roncalli– eine **durchgängige Inszenierung**. Viele Bausteine werden dort zu einer stimmigen Gesamtheit verwoben. Dies ist attraktiv und findet Anklang.

So verstehe ich auch die von mir zu verantwortende Politik für unsere Heimatstadt.

Ein großes Ganzes soll entstehen, eines soll bewusst auf dem anderen aufbauen.

Auch hier passt ein Wort Manfred Rommels: „Gegner der Planung sind Freunde des Zufalls.“

Wir wollen dem Zufall nicht die Türe öffnen, sondern planmäßig vorgehen und heute schon das Morgen mit bedenken, soweit dies denn überhaupt möglich ist.

Wobei natürlich klar ist, dass Prognosen immer auch ein Risiko bergen, gerade in dieser schnelllebigen Zeit.

„Prognosen haben zwei Eigenschaften: Sie stimmen nie genau, aber sie stimmen immer mehr als gar keine Vorhersagen.“ Diese Binsenweisheit stammt ebenfalls, Sie ahnen es bereits, vom legendären Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel.

Der Finanzplanungserlass des Landes vom Oktober 2018 geht bis 2022 von weiter steigenden Einnahmen der Städte und Gemeinden aus.

Wir haben dies bei der mittelfristigen Finanzplanung natürlich berücksichtigt.

Die Erwartungen des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport für 2018 waren allerdings zu positiv.

Wir haben dies u. a. in 2018 mit **Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer**, die ohnehin immer Schwankungen unterliegen kann, von rund 150.000 Euro (Stand Anfang Dezember 2018) gespürt und auch bei den **Einkommenssteueranteilen könnte es einen leichten**

Rückgang gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan geben, dies können wir aber erst nach der Abrechnung des IV. Quartals Anfang 2019 genau sagen.

Man darf daher auf die zukünftige Prognosesicherheit des Planungserlasses gespannt sein.

Wir sind jedenfalls **bei der mittelfristigen Finanzplanung nicht „in die Vollen gegangen“**, sondern haben gerade bei der von uns prognostizierten Entwicklung der **Schlüsselzuweisungen**, aber auch der **Einkommenssteueranteile** eine **gewisse Zurückhaltung** an den Tag gelegt und sind den Erwartungen des Landes nicht vollständig gefolgt. Bei der **Gewerbsteuer** sind wir vom Ist-Stand Ende November 2018 ausgegangen und haben uns bei der Prognose für 2019 am Planungserlass orientiert.

Wir würden uns nämlich viel lieber darüber freuen, 2020ff. etwas mehr in der Stadtkasse zu haben, als dann weniger Einnahmen verzeichnen zu müssen und zu Umplanungen bei den anstehenden Investitionen gezwungen zu sein.

Die Wirtschaftsweisen erwarten auch für 2019 ein Wachstum, allerdings ein geringeres als noch vor Monaten vorhergesagt.

Mit diesen Planungsunsicherheiten gilt es zu leben.

Natürlich schaue ich nach wie vor grundsätzlich optimistisch in die Zukunft. Gleichwohl dürfen wir nicht übermütig werden, sondern müssen zwingend den soliden Kurs der Vergangenheit beibehalten.

Denken Sie dabei immer an das **Märchen „Vom Fischer und seiner Frau“**, dass ich in meiner Haushaltsrede 2017 als **warnendes Beispiel** für Übermut anführte. **Wir dürfen den Bogen nie so weit spannen, dass die Sehne reißt.**

Schon im **1. Buch Mose**, Genesis genannt, können wir davon lesen, **dass auf sieben fette Jahre sieben magere folgen werden.**

Dies heißt nun nicht, dass die finanzielle Ausgangslage dieser Kommune ab 2024 zwangsläufig wieder schlechter werden wird.

Diese Erkenntnis muss uns aber stete Mahnung sein, heute nur Dinge zu tun, die wir uns auch unter anderen Vorzeichen werden leisten können.

Wobei „können“ in manchen Bereichen leider „müssen“ heißt.

Diese Mahnung gilt für **unsere Bauprojekte und die in der Folge anfallenden Abschreibungen** (wobei hier dann aber die Auflösung von Sonderposten – entstanden durch „Fördergelder“ - gegenübersteht) ebenso wie für den Bereich der Personalkosten.

Allerdings wird bei Verwaltungsabläufen von „oberer“ Stelle oder von den Gerichten, die staatliches Handeln immer mehr bestimmen, nicht gefragt, ob eine Kommune zusätzliche Arbeiten überhaupt mit ihrer vorhandenen Personalausstattung leisten kann, es wird einfach vorausgesetzt.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die **Neuregelung der Umsatzbesteuerung** für die öffentliche Hand (§ 2b UStG). Für uns bringt dies keine Vorteile, sondern nur Arbeit und Kosten.

Um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, lassen wir uns ab 2019 von einer Steuerberaterkanzlei unterstützen. Hierfür wurden zunächst 7.500 Euro veranschlagt.

Auf den Personalbereich werde ich während meiner Ausführungen im Übrigen noch mehrmals zurückkommen.

„Geordnete Finanzen sind nötig für eine Weiterentwicklung der Kommune.“

Lassen Sie mich an dieser Stelle Grundsätzliches zur aktuellen finanziellen Situation unserer Kommune zu sagen.

Unsere Finanzen sind geordnet.

Das kumulierte Defizit der Vorjahre wird mit der Erstellung des Jahresabschlusses 2018 mit dem Eigenkapital verrechnet und gehört damit dann der Vergangenheit an.

Wenn dies formal geschehen ist, brauchen wir **kein Haushaltssicherungskonzept (HaSiKo) mehr**. Sie werden merken, dass schon das HaSiKo für 2019 sehr dünn ausfallen kann.

Wir haben den ausführlichen Textteil der Vergangenheit aber nicht einfach wegfallen lassen, sondern überarbeitet und dem Vorbericht beigefügt. Hier erkennen Sie beim Lesen, dass wir unsere selbst gesetzten Ziele zur finanziellen Konsolidierung seit 2009 weitestgehend umgesetzt haben.

Kassenkredite werden gegenwärtig seit Herbst 2017 nicht mehr benötigt.

Wenn wir aber nun dennoch Kassenkredite, die nun übrigens als „Liquiditätskredite“ bezeichnet werden, für **2019** – und sicher auch für 2020 - in Höhe von **voraussichtlich bis zu 4,5 Mio. Euro** in der Haushaltssatzung vorsehen, dann hängt dies ausschließlich mit den anstehenden großen Bauvorhaben und der Tatsache zusammen, dass die zugesagten Fördermittel nicht allesamt bei Rechnungsstellung der Firmen vorliegen werden, sondern zum Teil erst 2020 oder 2021 zur Verfügung stehen.

Wir müssen also vorfinanzieren, wissen aber ebenso wie die Kommunalaufsicht, dass die Deckung gewährleistet ist. *(Bezüglich der genauen Höhe des Liquiditätskredites 2019 stimmen wir uns derzeit mit der Kommunalaufsicht ab, was intensiver Berechnungen bedarf.)*

Diese Problematik der Vorfinanzierung durch die Kommune gilt es auch im Zusammenhang mit den Wiederkehrenden Straßenbeiträgen zu bedenken. Wenn sich die Zinssituation einmal ändert, müsste überlegt werden, ob und ggf. wie dies an die Grundstückseigentümer weitergegeben wird.

Wir können in den nächsten Jahren in die Zukunft dieser Kommune, in ihre Infrastruktur, investieren.

Wir können dies deshalb tun, weil uns Fördermittel von weit mehr als 10 Mio. Euro zur Verfügung stehen werden.

Soziale Stadt, Investitionspakt Soziale Infrastruktur im Quartier, „Hessenkasse“, Kommunale Investitionsprogramme von Bund und Land und Dorfentwicklungsprogramm sind ein Segen für diese Kommune.

Mit ihrer Hilfe gestalten wir ebenso aktiv unsere Zukunft wie mit den erhöhten Schlüsselzuweisungen des Landes.

Dass die Schlüsselzuweisungen gegenüber 2017 um rund 500.000 Euro zurückgegangen sind, ist keine Überraschung. Dies hängt mit dem deutlichen Rückgang der Belegungszahlen in der EAE und der Berechnungssystematik des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA) zusammen.

In der mittelfristigen Finanzplanung 2018-2021 waren wir sogar von einem Rückgang in Höhe von über 1 Mio. Euro ausgegangen. Dass es nicht dazu kam, haben wir der Tatsache zu

verdanken, dass die Verteilungsmasse des KFA eine neue Rekordhöhe von rund 5,2 Mrd. Euro erreicht hat. Erfreulicherweise soll sie auch zukünftig noch anwachsen.

Die Tatsache, dass wir in einige der genannten Programme überhaupt gekommen sind bzw. die enorme Höhe der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Landes mit 1,44 Mio. Euro hängt damit zusammen, und dies zu sagen, erscheint mir immer wieder wichtig zu sein, dass in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne Mitte 2015 eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete entstand.

Seit dieser Zeit wurde nach meinem Dafürhalten klug agiert und dabei ein Optimum für die Kommune erreicht. Eine Sichtweise, die viele teilen.

Wenn ich nun vor Wochen in den Sozialen Medien las, dass dafür die Sicherheit der Bevölkerung geopfert wurde, dann kann ich dies beim besten Willen nicht nachvollziehen.

Objektiv gibt es hierfür nämlich keinen Beleg. Bei uns ist – Gott sei Dank – bisher nichts Schlimmeres passiert.

Taten, von denen wir immer wieder in den Medien erfahren, sind zu verurteilen und müssen bestraft werden. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, wenn unser Gastrecht von Geflüchteten missbraucht wird.

Wer sich nicht an unsere Werte und Gesetze hält, kann auf unsere Solidarität nicht zählen und muss mit der Abschiebung rechnen.

Vor Ort wird mit großer Verantwortung und gemeinsam mit den Verantwortlichen von EAE-Außenstelle, Regierungspräsidium Gießen und Polizei gehandelt.

Wir werden den Kurs der letzten drei Jahre fortsetzen. Es wird weiterhin offen und objektiv informiert. Es ist hier aber auch wie in allen anderen Bereichen des Lebens: Emotion darf Objektivität und Sachlichkeit nicht ersetzen.

Zudem gilt es den rechtlichen Rahmen zu bedenken und nicht etwas zu fordern oder zu versprechen, was zwar erst einmal gut klingt, aber tatsächlich nicht umsetzbar ist.

Populismus hilft uns bei dieser Herausforderung nicht weiter.

Ende 2015 waren 1.109 Geflüchtete in der EAE untergebracht, jetzt sind es keine 250 mehr.

Seinerzeit, auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms, war es in unserer Kommune, war es im ganzen Land, ruhiger als heute. **Damals wurde nicht in dem Maße gegen Geflüchtete**

Stimmung gemacht, wie dies heute der Fall ist. Heute wird auf allen Ebenen versucht, Unruhe zu stiften. Lassen wir uns auch weiterhin nicht davon beeindrucken.

Bleiben wir unserem Vorgehen der letzten drei Jahre treu. Setzen wir auch weiterhin auf ehrenamtliches Engagement.

Ich bin sicher – auch dies entnehme ich dem Ergebnis der Bürgermeisterwahl – dass unsere gemeinsame Arbeit auch hier von einer großen Mehrheit mitgetragen wird.

Anfang 2019 werde ich im Übrigen gemeinsam mit dem bsj Marburg, dessen gute Arbeit in vielen Bereichen vor Ort ich abermals hervorheben möchte, **dafür bei der Landesregierung werben, das die Gemeinwesenarbeit (GWA) über November kommenden Jahres hinaus fortgeführt werden muss. Das Land steht hier in einer besonderen Verantwortung gegenüber unserer Kommune.**

Natürlich könnte es aufgrund der geringeren Flüchtlingszahlen zu Modifikationen kommen, aber den Fortbestand der **GWA** an sich gilt es frühzeitig zu sichern.

Sie ist ein wichtiger **Baustein unserer kommunalen Sozialpolitik**, ein Beitrag für Integration und auch für den sozialen Frieden vor Ort.

Die GWA ließe sich zweifellos auch gut in unser geplantes Familien- und Generationenzentrum von 0-99 Jahre einbinden.

Ich bin im Übrigen dem Land Hessen dankbar, dass Neustadt in die **Sicherheitsinitiative KOMPASS** aufgenommen wurde.

Durch die bevorstehende Befragung erhoffe ich mir zunächst einen Überblick darüber, wie ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung die **aktuelle Sicherheitssituation vor Ort** tatsächlich beurteilt und welche Sorgen und Anregungen es gibt.

Aufgrund eines Personalwechsels bei der Polizei und kurzzeitiger anderer Schwerpunktsetzung bei der Uni Gießen sowie der verwaltungsmäßigen Abwicklung der Bürgermeisterwahl hat sich der Zeitplan hier etwas nach hinten verschoben.

Auch wenn wir vor Ort bereits recht gut aufgestellt sind, kann man immer noch besser werden und Punkte optimieren, um potentielle Gefahrenquellen zu minimieren.

Wir werden uns in diesem Bereich 2019 auch finanziell engagieren. Es sind Ansätze von 2.500 Euro im Ergebnishaushalt und 20.000 Euro im Finanzhaushalt vorgesehen. Beispielsweise gilt

es, **Angsträume zu definieren und abzubauen**. Dies kann auf unterschiedliche Art geschehen, wir werden uns darüber mit Experten der Polizei austauschen.

Ich halte es für richtig, wenn die Kommune in diesem Bereich finanzielle Mittel bereitstellt, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Dies wird von der Bevölkerung sicher anerkannt.

Mein Ziel ist es zudem, dass es durch KOMPASS nach Jahrzehnten wieder einen „**Schutzmann vor Ort**“ als Ansprechpartner für die Bevölkerung gibt.

Zurück zur finanziellen Gesamtsituation unserer Kommune:

Ohne die oben genannten Förderprogramme könnten wir unsere Großprojekte nicht realisieren.

Bereits bei meiner letzten Haushaltsrede hatte ich aber darauf hingewiesen, dass auch für uns die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden und dass es um die Verteilung von Fördermitteln des Landes und Bundes einen Wettbewerb zwischen vielen Kommunen gibt.

Alleine aus den Förderprogrammen Soziale Infrastruktur im Quartier und Soziale Stadt erhielten wir von Oktober 2015 bis Oktober 2018 Zusagen über 5,4 Mio. Euro an Fördermitteln. Dies ist landesweit ein Spitzenwert.

Für **2019** konnte unsere Mittelanmeldung bei der „Sozialen Stadt“ aufgrund anderer Schwerpunktsetzungen des Landes nur zum Teil erfüllt werden. Wir erhalten diesmal „**nur**“ **200.000 Euro** aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt.

Daher hätte die Umgestaltung unseres Bürgerparks auf 2020 und 2021 verschoben werden müssen.

Nach der Zusendung des Bescheides war es dann ein wenig wie bei der „Herbsteiner Springerprozession“: Zwei Schritte vor – ein Schritt zurück, **aber letztlich zählt nur das Ergebnis.**

Und hier ist dann festzuhalten, dass es mir nach intensiven Gesprächen mit den engagierten Mitarbeiterinnen des Umweltministeriums gelungen ist, „außerplanmäßig“ 184.500 Euro (bei förderfähigen Kosten von 205.000 Euro) aus dem Investitionspakt Soziale Infrastruktur im Quartier für den Bürgerpark zu erhalten.

Eine gute Nachricht, die noch besser wird: Beim Investitionspakt beträgt die Förderquote nämlich 90 %, bei der „Sozialen Stadt“ sind es „nur“ 75 %.

Zudem konnte ich **weitere 20.000 Euro** aus Restmitteln anderer Kommunen bei der „Sozialen Stadt“ für Neustadt **einwerben**.

Es lohnt sich also nicht gleich aufzugeben, sondern zu kämpfen. Auch hierin ist mir Manfred Rommel ein Vorbild.

Die Signale aus Wiesbaden, dass uns dann 2020 die weiteren benötigten Mittel gewährt werden, sind in meinen Augen recht positiv.

Ich verrate sicher kein Geheimnis, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die mit der Abwicklung der zahlreichen anstehenden Baumaßnahmen betraut sind, aufgrund der Vielzahl der Projekte über eine Verschiebung des Vorhabens Bürgerpark nicht besonders traurig gewesen wären.

Dafür habe ich Verständnis.

Wir haben in unserer Verwaltung eine dünne Personaldecke. In Zeiten angespannter Finanzen haben wir ausscheidende Mitarbeiter nicht oder nur teilweise ersetzt.

Es bedarf des engagierten Einsatzes aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere aber der Fachbereichs- und Teamleitungen, damit „der Laden“ läuft und die vor uns liegenden Aufgaben gut gemeistert werden können.

Dafür danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich.

Aufgrund der notwendigen Priorisierung muss aber auch manchmal etwas auf „die längere Bank“ geschoben werden oder es gibt – wie beim Einwohnermeldeamt in „Spitzenzeiten“ – einmal eine Warteschlange. Dafür muss ich um Verständnis bitten.

Personelle Ausfälle können bei uns – wenn überhaupt - nur für kurze Zeiträume kompensiert werden.

Aber - und jetzt komme ich wieder auf die Einwerbung von Förderprogrammen zurück: „Wenn es Brei regnet, müssen die Löffel raus!“

Hier ist es im Übrigen wie bei den Eichhörnchen: Wir machen die Vorratskammer erst einmal voll und werden die Nüsse dann im Laufe der Zeit schon knacken.

Eine Einschränkung muss ich aber dennoch machen: In diesem und dem kommenden Jahr werden keine zusätzlichen Fördertöpfe mehr für neue Projekte dazu kommen können, die unmittelbar umgesetzt werden müssen, denn das schaffen wir nicht.

Über 2020 hinaus werden wir uns beispielsweise nach Mitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für die Straße „Am Engelhain“ in Mengsberg bemühen.

Da wir mit der eigentlichen Umsetzung unserer Großprojekte erst noch beginnen werden, erscheint dem Magistrat aber ein Gegensteuern bei der Personalabwicklung, eine teilweise Neuaufstellung, notwendig, wenn der „kleine Segler Neustadt“ nicht auf eine Sandbank auflaufen soll.

Bereits in meiner Haushaltsrede 2018 hatte ich ja darauf verwiesen, dass der Magistrat die Entwicklung beobachten und Schlussfolgerungen daraus ziehen wird.

Im Bereich der Sozialen Stadt wird natürlich neben dem Beginn der Arbeiten im Bürgerpark auch sonst 2019 noch einiges geschehen:

Der Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums, die Eingangsbereiche zur Ringstraße (80.000 Euro), der Spielplatz in der Aue (43.000 Euro), Sicherungsarbeiten an der Marktgasse 3 (35.000 Euro), die Umgestaltung des Schulhofes in der Querallee (200.000 Euro), die Auflage eines Verfügungsfonds für Kleinmaßnahmen im Fördergebiet (35.000 Euro – Förderquote jeweils rund 75 %) und ein gut arbeitendes Quartiersmanagement können sich doch sehen lassen.

In Neustadt tut sich also auch weiterhin was!

Neben dem Bürgerpark stelle ich mir **bis 2025 noch ein Großprojekt vor**, welches wir versuchen sollten **im Rahmen des Städtebauprogrammes** vorantreiben: **Die Sanierung des Zwischenbaues beim „Haus der Vereine“.**

Eine **Machbarkeitsstudie** wird uns hier **Ideen aufzeigen**, diese müssen wir auf ihre tatsächliche Umsetzbarkeit hin prüfen und dann mit dem Fördergeber besprechen.

Wenn wir dieses Gebäude an zentraler Stelle Neustadts gelegen, wieder einer sinnvollen Nutzung zuführen könnten, dann wäre dies ein **wichtiger Schritt für die Stadtentwicklung.**

Vielleicht böte sich ja auch eine **Nutzung als „Hostel“** an. Wir alle wissen, dass uns eine solche Einrichtung in der Kernstadt fehlt.

Ab 2023 – die „Soziale Stadt“ läuft bis 2025 – **sehe ich hierfür die finanziellen Möglichkeiten.**
Bis 2022, Sie können dies der mittelfristigen Finanzplanung 2018-2022 entnehmen, **sind unsere Mittel weitestgehend gebunden.**

Zum Themenkomplex Stadtentwicklung gehört für mich im Übrigen auch die Frage nach der Entwicklung der Ärztesituation vor Ort und der Barrierefreiheit des Bahnhofes.

Hier werden wir begonnene Gespräche fortsetzen und intensivieren. Beide Punkte gehören zu den wichtigen **Standortfaktoren** für eine Kommune.

Im Hinblick auf die Ärztesituation werden wir im Januar gemeinsam mit dem Landkreis, der ja hierfür im Rahmen eines Modellvorhabens eine Stelle geschaffen hat, das weitere Vorgehen abstimmen. Dabei wird es wichtig sein, die Pläne der ansässigen Hausärzte zu erfahren und in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

Bei den **Planungen für einen barrierefreien Bahnhof** werden wir uns 2020 mit voraussichtlich 40.000 Euro einbringen. Was sich daraus entwickelt, können wir gegenwärtig nicht absehen. Ja, ein barrierefreier Bahnhof wäre nötig und ein wichtiger Standortfaktor. Gleichwohl geht es uns wie unseren Nachbarkommunen Kirchhain und Schwalmstadt: **Wir müssen uns ein kommunales Engagement unter Berücksichtigung unserer eigenen Vorhaben leisten können. In erster Linie sehe ich daher hier die Bahn und den Rhein-Main-Verkehrsverbund sowie Bund und Land gefordert.**

Gespannt sind wir sicher alle darauf, was der **neue Eigentümer** mit dem **Bahnhofsgebäude** machen wird. Ich hoffe hier im I. Halbjahr 2019 auf konkrete Erkenntnisse.

Aufgrund einer Mitteilung der Deutschen Bahn, dass Flächen für die Schaffung **einer Park & Ride-Anlage am Bahnhof** frühestens 2023 zur Verfügung stehen, haben wir das Vorhaben zunächst aus der mittelfristigen Finanzplanung herausgenommen.

Zur Stadtentwicklung gehört auch das Einkaufsangebot vor Ort, dabei spielt der „Kaufpark“ eine zentrale Rolle. Wir unterstützen den neuen Eigentümer daher bei seinen Planungen, zur Attraktivierung, dies ist aber ein „Bohren dicker Bretter“ und geht nicht von heute auf morgen.

Mit Interesse verfolgen wir zudem Vorhaben im Bereich der **Schaffung zusätzlicher Pflegeheimplätze für Senioren, Tagespflege und betreutem Wohnen.** Hier haben wir aufgrund der Zahlen – über 900 Einwohner Neustadts sind über 75 Jahre – zweifellos Bedarf.

Für mich gilt dabei der Grundsatz: Wir haben nach dem Grundgesetz **Freiheit zum und nicht Freiheit vom Wettbewerb**. Klar ist aber auch, dass sich die Kommune hier im Rahmen der ihrer **Bauplanungshoheit** einbringen wird.

Und zur Stadtentwicklung gehört natürlich auch der **Weiterbau der A49**. Er ist wichtig für die Region, hätte **Entlastungswirkung für die B 454** und damit für die zentralen Straßenzüge unserer Kommune. In der **Bauphase wird es unweigerlich zusätzliches Verkehrsaufkommen geben**. Wir haben hierzu bereits unsere Stimme gegenüber den zuständigen Stellen erhoben und werden dies weiterhin tun. Der Weiterbau muss zügig von statten gehen und Verkehrslenkung betrieben werden.

Lassen Sie mich zur finanziellen Gesamtsituation Neustadts zurückkommen.

Unsere eigene Steuerkraft ist nach wie vor äußerst gering.

Gerade die Gewerbesteuersteuereinnahmen zeigen auf, dass **Neustadt** immer noch eine **strukturschwache Kommune** ist, daher sind wir mehr als andere auf Mittel des Landes angewiesen.

Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass es für Flächen im **Gewerbegebiet „Am Gelicht“ verstärkte Nachfrage** gibt. Wir gehen aufgrund der Vorgespräche davon aus, dass es dort 2019 zu Grundstücksverkäufen von Hessischer Landgesellschaft (HLG) und Kommune kommen wird.

Im Haushaltsplan werden für den Verkauf eines städtischen Grundstücks „Am Gelicht“ 10.900 Euro eingeplant. Zudem gehen wir von zu vereinnahmenden vorläufigen Erschließungskosten von insgesamt 100.000 Euro aus. Diese Beträge wurden im Haushalt 2019 berücksichtigt.

Wenn die HLG in diesem Bereich Grundstücke verkauft, dann führt dies im Übrigen auch dazu, dass der dort **aufgelaufene Betrag von fast 500.000 Euro** für die bisher erfolgte **Bodenbevorratung schrittweise zurückgeführt werden kann**.

Allerdings ist es notwendig, den über zwanzig Jahre alten **Bebauungsplan für das Gewerbegebiet an einigen Stellen zu modifizieren**, um den Erfordernissen potentieller Erwerber gerecht zu werden. Hieran arbeiten wir bereits seit mehreren Monaten und auch 2019 sind entsprechende Mittel (30.000 Euro) im Haushaltsplan eingestellt.

Auch das angestrebte **Gewerbegebiet in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne** wollen wir gemeinsam mit der HLG vorantreiben und hierdurch gerade örtlichen Handwerksbetrieben neue Möglichkeiten eröffnen.

Wir setzen in diesem Bereich auf eine rasche Vermarktung, so dass dann hier keine einstmals zurückzuzahlenden Beträge für die Bodenbevorratung auflaufen dürften.

Da wir in unserer Entwicklung zum größten Teil von den Schlüsselzuweisungen des Landes bzw. den Einkommensteueranteilen abhängen, wäre eine deutliche und vor allen Dingen dauerhafte Abschwächung der Konjunktur für uns von großem Nachteil.

Hierfür gibt es gegenwärtig trotz eines leichten Rückgangs des Wirtschaftswachstums keine Anzeichen.

Gleichwohl müssen wir uns – wie bereits ausgeführt - bei allen Investitionen und auch bei der Personalpolitik immer fragen: Was ist notwendig um eine Aufgabe zu erfüllen, was brauchen wir also tatsächlich und was ist hingegen lediglich wünschenswert bzw. was ist sogar Luxus.

Wie hat Manfred Rommel in Bezug auf die Finanzpolitik einmal treffend gesagt: „Man muss dafür sorgen, dass am Ende die Rechnungen stimmen und nicht stimmend gemacht werden müssen.“

„Wir gehen mit Vernunft an unsere „Leuchtturmprojekte“ heran.“

Wir dürfen bei unseren Überlegungen auch nicht außer Acht lassen, dass wir heute noch nicht wissen, ja überhaupt nicht wissen können, wie sich die Baukosten für unsere Großprojekte, insbesondere den Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums und die grundlegende Sanierung des Freibades, entwickeln werden.

Natürlich haben wir aktuelle Preise und den Baukostenindex bei den Kostenschätzungen zu Grunde gelegt, aber nach den Submissionen kann sich immer noch ein völlig anderes Bild ergeben, welches wir leider überhaupt nicht durch unser Verhalten beeinflussen können.

Zahlreiche Städte und Gemeinden mussten hier in den letzten Monaten leidvolle Erfahrungen machen und haben Ausschreibungen zum Teil aufgehoben.

Fehlende qualifizierte Arbeitskräfte und zahlreiche Konjunkturprogramme für Kommunen, so segensreich sie ansonsten sein mögen, vereinen sich hier zu einer unheilvollen Spirale.

Eine Kostensteigerung von nur 10 % würde alleine beim Kultur- und Bürgerzentrum einen Betrag von 600.000 Euro bedeuten. Eine nochmalige Erhöhung der Fördermittel – wie bereits erfolgt – erscheint nur schwer vorstellbar. Wobei wir hier natürlich im Bedarfsfall nichts unversucht lassen würden.

Für den Magistrat gilt daher seit Anbeginn der Maßnahmenplanung folgende Marschrichtung: Wichtigste Maßnahme ist das Kultur- und Bürgerzentrum. Die anderen Vorhaben sind dem zeitlich nachgeordnet. Vor dem Hintergrund einer ausufernden Preisbildung erscheint dies gegenwärtig notwendiger denn je.

Zunächst ist bei Kostensteigerungen für das Kultur- und Bürgerzentrum zu prüfen, was bei dieser Baumaßnahme selbst eingespart werden kann bzw. welche (eigenen) Finanzmittel hierfür noch zur Verfügung stehen, ohne dass der Haushalt der Kommune in Schieflage gerät.

Sodann müsste über Kürzungen, Abschnittsbildungen bzw. zeitliche Verschiebungen bei den nachfolgenden Projekten nachgedacht werden, natürlich unter Berücksichtigung der jeweiligen Förderbedingungen. Beispielsweise müssen die KIP-Mittel von Bund und Land bis Ende 2020 „verbaut“ und abgerechnet sein.

Um dies erreichen zu können, ist es aber wichtig, **dass die Ausschreibung beim Freibad erst dann auf den Markt gebracht wird, wenn die wichtigsten Gewerke des Kultur- und Bürgerzentrums ausgeschrieben und vergeben sind.** Hierfür rechnen wir nach dem gegenwärtigen Bauzeitenplan und der anstehenden baufachlichen Prüfung mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen mit März/April 2019.

Dann sehen wir nämlich zumindest in einem Bereich klarer und können im Bedarfsfall bei der grundlegenden Sanierung des Freibades noch Veränderungen, d. h. vorrangig Abschnittsbildungen, vornehmen.

Die Vergabeverfahren werden aufgrund ihrer Komplexität im Übrigen für uns durch die Interkommunale Vergabestelle beim Landkreis durchgeführt. Natürlich nicht kostenfrei.

Aufgrund der zeitlichen Dauer dieser Verfahren und meiner obigen Feststellungen zur Abfolge lässt sich gegenwärtig für die Baumaßnahme „Freibad“ noch kein Zeitplan verbindlicher abschätzen, dies bedarf im ersten Quartal 2019 der genauen Absprache mit den Planern und

Fördergebern. Dass dabei die städtischen Gremien einbezogen werden ist für mich selbstverständlich.

Aufgrund dieser Sachlage gehen wir heute – anders als noch im vergangenen Sommer - davon aus, dass das Freibad 2019 zumindest bis August geöffnet sein dürfte. In der Folge würde mit den Demontearbeiten begonnen.

Daneben gibt es weitere Reihenfolgen, die aus Sicht des Magistrats zu einem planvollen Vorgehen gehören: Die Projekte 2020ff der „Hessenkasse“ sollten erst festgelegt werden, wenn hinsichtlich Bürger- und Kulturzentrum bzw. Freibad Klarheit herrscht. Bei der Ausgabe der KIP Bund-Mittel genießt der Rathausplatz Priorität.

Eine solche Abfolge sollte auch unter den aktuell erschwerten Marktbedingungen dafür sorgen, dass wir keine „Fässer ohne Boden“ produzieren.

Weiterhin hielte ich es – wie bereits mehrfach ausgeführt – für verantwortbar, für einen überschaubaren Zeitraum Kredite unterhalb der Nettoneuverschuldung aufzunehmen, zumal bei der gegenwärtigen Zinssituation.

Dadurch könnten wir – wenn angezeigt - unsere Spielräume pro Jahr um etwa 400.000 Euro erweitern.

Wir schaffen infrastrukturelle Maßnahmen für Generationen. Daher spräche in meinen Augen nichts dagegen, diese mittels Kreditaufnahme auch über einen längeren Zeitraum zu finanzieren. **Dies wäre sicher der letzte Schritt, aber er muss im Bedarfsfall gegangen und soll daher im Vorhinein auch angesprochen werden.**

Noch planen wir allerdings – und dies will ich nochmals betonen - sämtliche Investitionen der kommenden Jahre ohne Kreditaufnahme.

Seien wir uns aber auch gegenwärtig, dass diese Feststellung aus den dargestellten Gründen durchaus mit einem dicken Fragezeichen zu versehen ist. **Ggf. könnte es daher im Verlauf des Jahres notwendig werden, einen Nachtragshaushalt für 2019 zu erlassen.**

Ein Beispiel dafür, dass Prognosen nicht immer zu Realitäten werden, ist im Übrigen der **Bau von Windrädern auf kommunalen Flächen.**

Hier wird es zu weiteren zeitlichen Verschiebungen kommen. Mit Einnahmen rechnen wir nun erst für das IV. Quartal 2020. Näheres können Sie dem Haushaltsvorbericht entnehmen.

Zusammengefasst gilt es also festzustellen, dass wir für die bevorstehenden Projekte gut aufgestellt sind und diese mutig, aber eben nicht übermütig angehen können und bei Bedarf bereit sein müssen, Kurskorrekturen vorzunehmen.

„Unsere kleine Stadt und die große Politik.“

Sie sind es gewohnt, dass ich meine Haushaltsreden stets auch dazu nutze, Ausführungen zur „großen“ Politik zu machen. Ich will Sie diesbezüglich auch heute nicht enttäuschen.

Die Auswirkungen der internationalen und nationalen Politik bzw. der Wirtschaftsentwicklung sind – wenn auch ggf. mit leichter Verschiebung – in den Städten und Gemeinden zu spüren.

So haben wir die **Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/2009** vor Ort letztlich bis 2014 bemerkt.

Und wenn es zu „**Handelskriegen**“ zwischen China und den USA oder Europa und den USA käme, dann spüren wir dies vor Ort ebenso wie wenn die Wirtschaft im Reich der Mitte einbricht.

Wenn ich die aktuellen Entwicklungen in der Welt, in Europa und in Deutschland ins Blickfeld nehme und mir nochmals meine Haushaltsrede 2018 anschau, dann könnte ich mich diesmal auf einen Satz beschränken und dafür Anleihe bei Butler James aus „Diner for one“ nehmen: „The same procedere than last year...“

Nichts, aber auch gar nichts hat sich zum Positiven gewandelt, weder in der Welt noch in Europa oder bei uns in Deutschland. Das Gegenteil ist eher der Fall. Leider.

Lassen Sie mich beim Blick auf unser Land erneut ein Zitat von Manfred Rommel einfügen:

„Wäre die deutsche Politik ein Auto, sie käme schon seit Jahren nicht mehr durch den TÜV.“

Dieses Bild gibt das wieder, was allzu viele denken.

Es ist aber auch schon ein wenig paradox: Deutschland steht wirtschaftlich so gut da wie nie. Die Arbeitslosenquote ist auf einem Tiefststand. Die Verbrechen sind stark zurückgegangen. Aber die Menschen sind unzufrieden wie nie in den siebzig Jahren des Bestehens der Bundesrepublik. Es herrscht kein Optimismus vor.

Man wendet sich immer mehr von den einstigen Volksparteien ab und wählt „Protest“ – auch in unserer Kommune.

Was sind die Gründe dafür?

Ist es nur der immerwährende Streit in der großen Koalition in Berlin? Sind es fehlende Visionen für die Weiterentwicklung des Landes? Fehlen die herausragenden Politikerpersönlichkeiten? Erreicht uns die europaweite Entwicklung eines sich zersplitternden Parteiensystems? Warum meckern so viele und machen nur mies, anstatt mitzumachen und sich zu engagieren?

Fragen über Fragen und keine überzeugenden Antworten – auch nicht von mir.

2019 jährt sich die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum siebzigsten Male.

Wir können – trotz aller Unzulänglichkeiten - stolz auf dieses Land und seine Entwicklung seit 1949 sein.

Aus den Trümmern des II. Weltkrieges entstand durch den Einsatz unserer Eltern und Großeltern ein freiheitlicher Rechtsstaat mit sozialer Marktwirtschaft. Wir sind ein Vorbild für viele Länder dieser Erde. Unsere Kinder haben tolle Entwicklungschancen.

Wir brauchen wieder den Mut, das Positive zu sehen und zu sagen.

Wir brauchen den Mut, für unser Gemeinwesen einzustehen.

Mir erscheint es daher wichtig, unsere Verfassung, das **Grundgesetz**, im kommenden Jahr besonders hervorzuheben.

Wir werden hier sicherlich **Aktivitäten vor Ort entfalten.**

Ich möchte dabei gerne die **Martin-von-Tours-Schule einbeziehen**, denn gerade der jüngeren Generation müssen wir aufzeigen, was die Grundlagen unseres Zusammenlebens seit siebzig Jahren ausmacht.

Überlassen wir nicht denen die öffentliche Meinung, die unser Land verändern wollen, die ein Land ohne Toleranz und Pluralität wollen.

Wenn es den Verantwortlichen in Berlin nicht alsbald gelingt für eine Trendwende zu sorgen, dann sehe ich „schwarz“ für die **Europawahl im Mai 2019.**

Bei einer dann zu erwartenden niedrigen Wahlbeteiligung werden nämlich die, die in unserem Parteienspektrum ganz links und rechts anzusiedeln sind, Wahlergebnisse erzielen, die aufhorchen lassen werden.

„Mit der „Hessenkasse“ Infrastruktur schaffen und erhalten.“

Wenn ich meinen Blick auf das Land Hessen richte, dann gibt es aus meiner Sicht als Kämmerer auch 2019 nur wenig zu meckern.

Die Schlüsselzuweisungen erreichen auch **2019** eine neue Rekordhöhe. Für uns macht sich der geänderte **KFA** abermals **positiv bemerkbar**.

Wir können hier mit Einnahmen von über 5,7 Mio. Euro rechnen, was einem Plus von über 500.000 Euro gegenüber unseren ursprünglichen Planungen entspricht. Ich sprach bereits davon.

Entscheidend wird hier einmal die Frage sein, wie sich ein deutlicher konjunktureller Rückgang beim KFA bemerkbar machen würde. Ob wir dann den KFA 2015 immer noch aus Neustädter Sicht loben können oder ob wir dann wieder die Klagelieder der Vergangenheit anstimmen müssen? Ich weiß es nicht und will es - ehrlich gesagt - auch gar nicht erfahren.

Das Land hat 2018 die „Hessekasse“ eingeführt.

Zunächst nur zur Übernahme von Kassenkrediten der deutlich überschuldeten Städte und Gemeinden gedacht, wurde aus Gerechtigkeitsgründen auch ein **investiver Teil** aufgelegt.

Für unsere Kommune ist dies ein großer Vorteil. Neustadt erhält dadurch nämlich die Möglichkeit bis Ende 2024 über 2,7 Mio. Euro zusätzlich in die Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur investieren zu können. Wir müssen davon lediglich 10 % selbst tragen.

Bei seinen Überlegungen für die „Hessenkasse“ geht der Magistrat sowohl von großen als auch kleinen Maßnahmen aus und hat diese auf die nächsten vier Jahre aufgeteilt.

Notwendig sind sicher alle diese Vorhaben. Manche aber zweifellos dringender als andere.

Eingangs hatte ich bereits darauf hingewiesen, wie ich die mit den Mitteln der „Hessenkasse“ in den Jahren 2020ff. zu finanzierenden Projekte im Zusammenhang mit unseren anderen Großvorhaben sehe. Daraus ergibt sich, dass die Vorschlagsliste durchaus Veränderungen erfahren kann.

Eine der Maßnahmen liegt mir besonders am Herzen: **Die Schaffung einer neuen Laufbahn für das „Waldstadion“.** Dieses Vorhaben ist bei weitem kein Luxus. Es ist notwendig. Schauen Sie sich einmal die **verunkrautete Bahn** an. **Der Aufwand sie regelmäßig zu reinigen, ist nicht**

vertretbar und mit unserer Personalausstattung auch gar nicht zu leisten. Die Laufbahn ist über 50 Jahre alt und kann kaum noch für den Schul- und Vereinssport genutzt werden. Hier muss etwas geschehen. Wann, wenn nicht jetzt, hätten wir dazu die Möglichkeit? Ein investives Projekt, aber mit sozialen und gesundheitspräventiven Auswirkungen.

Natürlich gehen wir davon aus, dass sich der Landkreis als Schulträger und Hauptnutzer durch die Martin-von-Tours-Schule an den Kosten in angemessener Weise beteiligt.

Die Kosten für die in 2019 vorgesehenen Projekte basieren – mit Ausnahme des Bauhofes II und des Freibades – **auf vorliegenden Kostenschätzungen.** Für die beiden größeren Vorhaben wurden Pauschalansätze gewählt. Die Kosten für die anderen Vorhaben konnten aktuell nur grob geschätzt werden.

Bei Mehrkosten werden wir – wenn möglich - den Anteil unserer Ko-Finanzierung erhöhen oder Projekte, die vielleicht doch noch zurückstehen können, auf „später“ verschieben müssen.

Es kann aber natürlich auch sein, dass wir aufgeführte Projekte zurückstellen müssen, um auf Unvorhergesehenes zu reagieren.

Folgende Vorhaben sieht der Magistrat aktuell für die „Hessenkasse“ vor:

Bauhof II/EMAK – Recyclinghof	2019	100.000 Euro
Freibad – (Klein-)Kinderbereich	2019	300.000 Euro
Mannschaftstransportwagen FFW Neustadt-Mitte	2019	30.000 Euro
Hist. Rathaus – WC, Heizung	2019	40.000 Euro
Trauerhalle Mengsberg	2019	50.000 Euro
Fußgängerbrücke „An der Weißmühle“	2019	25.000 Euro
KiTa „Regenbogen“ – Fluchttür u.a.	2019	15.000 Euro
Hist. Archiv – Fassadensicherung	2019	60.000 Euro
KiTa „Sonnenschein“ – Umgestaltung Außenb. u.a.	2019	38.000 Euro
Löschwasserversorgung – Zisterne Am Gelicht	2020	300.000 Euro

Fassadenunterhaltung „Haus der Vereine“	2020	30.000 Euro
Umbau Stadtkasse	2020	35.000 Euro
DGH Momberg – gr. Saal/Sanitär	2020	100.000 Euro
Hallenbad – Sanitär/Umkleide u.a.	2020	235.000 Euro
Unkrautbekämpfung/“Warmwasseranhänger“	2020	53.000 Euro
Parkplatzausbau FFW Neustadt	2020	31.500 Euro
WC Rathaus, Hauptgebäude	2021	75.000 Euro
„Waldstadion“ – Laufbahn u.a.	2021f	500.000 Euro
Festplatz Neustadt	2021	60.000 Euro
Feuerwehrunterkunft Speckswinkel	2021	175.000 Euro
Festplatz Momberg Sanitärbereiche u.a.	2021	75.000 Euro
Brücke Am Schalkert – Sanierung	2021	300.000 Euro
Obdachlosenunterkunft Kl. Brunnenstraße	2022	40.000 Euro

(Noch nicht belegt wurden 60.000 Euro.)

Dieser Vorschlag des Magistrats soll unter Berücksichtigung der angesprochenen Projektreihenfolge nach Möglichkeit bis April 2019 beraten werden.

Anschließend steht eine Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung und die Meldung beim Land an.

Bis 2021 könnten dann noch Veränderungen bei den angemeldeten Projekten vorgenommen werden, die alle bis Ende 2024 umgesetzt sein müssen.

Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass wir die Vorhaben zeitlich priorisieren mussten. Alles auf einmal geht nun leider nicht.

Vielleicht vermisst jetzt jemand die vorgesehene Gemeinschaftseinrichtung für Mengersberg oder den Umbau des ehemaligen Kindergartens in Momberg zu einer multifunktionellen Einrichtung bei dieser Aufzählung.

Beide Vorhaben wollen wir im Rahmen des **Dorfentwicklungsprogrammes** finanzieren und sind diesbezüglich nach den Gesprächen mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen optimistisch, dass dies gelingen könnte.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf eines hinweisen:

Mengersberg hat in den Jahren 2011-2014 beim Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ auf Regional-, Landes-, Bundes- und Europaebene Großartiges geleistet und braucht eine zukunftsfähige Gemeinschaftseinrichtung wie sie bereits in Momberg und Speckswinkel vorhanden ist.

Hier stehe ich, stehen wir, bei **der Dorfgemeinschaft im Wort** und wir werden dann, wenn die Alternativenbetrachtung vorliegt und wir wissen, wie und wo diese Einrichtung verortet sein soll, alle Anstrengungen unternehmen, um die nötigen Mittel bereitzustellen.

Ich bin sicher, dass dies gelingen wird. Aber auch hier gilt natürlich der allgemeine Leitspruch: Das Notwendige ist umzusetzen, das Wünschenswerte muss grundsätzlich zurückstehen.

Das Dorfentwicklungsprogramm wird mit seinen kommunalen und privaten Maßnahmen (in Mengersberg und Speckswinkel) **der Kommune** ebenso **gut tun** wie das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt.

Auch bei dessen schrittweiser Umsetzung müssen wir natürlich die Finanzausstattung der Kommune beachten. Gleichwohl möchte ich die in diesem Rahmen anstehenden Projekte unabhängig vom Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums und der Freibadsanierung sehen. Etwaige Mehrkosten dort dürfen prinzipiell nicht zu Lasten der Dorfentwicklung gehen, sondern müssen in anderen Bereichen kompensiert werden.

Hier wurden mit dem Büro für Regionalplanung und Stadtentwicklung akp und durch die engagierte Mitarbeit vor Ort bisher **gute Grundlagen gelegt. Darauf gilt es** in den kommenden Jahren **aufzubauen.**

Für 2019ff. haben wir entsprechende Ansätze im Haushalt vorgesehen. **Es gilt in den kommenden Monaten die Privatberatung (10.000 Euro) ins Laufen zu bekommen und eine Verfahrensbegleitung (20.000 Euro – Förderquote jeweils 60 %) zu installieren.**

Hoffen wir gemeinsam, dass das Land unsere „Leuchtturmprojekte“ Umbau alter Kindergarten Momberg, Gemeinschaftseinrichtung Mengersberg und Revitalisierungsstudie für den Ortskern Speckswinkel nach Kräften unterstützt.

Auch hier werden wir natürlich ab 2020 genau auf unsere Finanzen zu schauen haben. „Merkposten“ sind in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Es gilt, nach Möglichkeit noch weitere Fördermöglichkeiten zu finden bzw. auch das von mir über eine Kreditaufnahme ausgeführte im Hinterkopf zu behalten.

Gerade die **Revitalisierungsstudie für den Ortskern von Speckswinkel**, die wir 2019 auf den Weg bringen wollen, ist für die Entwicklung unserer Dörfer von Bedeutung. **Der Umgang mit leerstehenden Wohngebäuden und Scheunen ist schließlich eine zentrale Frage der Zukunft.** Nicht jedes Objekt wird zu vermarkten und zu nutzen sein. Wir müssen auch Verständnis dafür haben, wenn gerade junge Familien sich ein neues Eigenheim wünschen. **Manchmal ist ein Abriss besser, als ein unansehnlicher Leerstand.**

Für das Gelingen der Dorfentwicklungsmaßnahme ist im Übrigen eines von Wichtigkeit: Wir müssen über den Tellerrand der drei Stadtteilen (und auch der Kernstadt) hinausschauen. Auch hier gilt es mehr als zuvor, die Gesamtheit zu sehen.

Zurück zur „Hessenkasse“:

Wenn das Land etwas Positives schafft -wie eben die „Hessenkasse“ - dann gibt es natürlich damit einhergehend auch Dinge, die eher belastend sind.

Die Hessische Gemeindeordnung und die Gemeindehaushaltsverordnung wurden geändert. Die Möglichkeit der Aufnahme von Kassen- bzw. Liquiditätskrediten wird stark eingeschränkt. **Zusätzlich ist ab 2019 eine Liquiditätsreserve zu bilden. Diese beträgt bei uns 277.000 Euro und ist aufgrund des voraussichtlichen Zahlungsmittelbestandes zum Jahresende 2019 sicher gewährleistet.**

(Dies sind 2 % der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vor dem laufenden Haushaltsjahr.)

Natürlich sind dies „Daumenschrauben von oben“, aber wie heißt es so schön, „wer bestellt, bezahlt“.

Gegenwärtig kommen wir mit diesen aufsichtsbehördlichen Vorgaben gut zurecht, wie dies bei angespannterer Haushaltslage sein würde, kann heute keiner sagen.

Hoffen wir, dass wir eine solche nicht so schnell, besser aber überhaupt nicht, erleben müssen.

Einen Wunsch hätte ich aber doch noch an das Land:

Die monatliche Pauschale für den Kindergartenbesuch der über Dreijährigen ist mit aktuell 135,60 Euro zu gering bemessen.

Die Erhöhung um jährlich 2 % ab dem Jahre 2020 deckt nicht einmal die Lohnsteigerung ab. Hier wäre eine Anhebung dringend notwendig.

Obwohl es im Kindergartenbereich durch die erhöhte Qualitätspauschale des Landes (2017 – 100 Euro, 2018 – 170 Euro, 2019 – 225 Euro und 2020 – 300 Euro) Mehreinnahmen zu verzeichnen gibt, steigen die Ausgaben abermals an.

Lohnerhöhung und zusätzliche Betreuungsplätze sowie damit natürlich einhergehende Personalaufstockung sind die Gründe hierfür.

Es darf nicht sein, dass die Kommune weiterhin die Hauptlast der Kinderbetreuungskosten zu tragen hat. Hier ist das Land gefordert.

Zudem sollte in Wiesbaden darüber nachgedacht werden, ob nicht auch die Kinder unter drei Jahren aus Gerechtigkeitsgründen zumindest teilweise vom Beitrag freigestellt werden können.

Wenn ich von der Beziehung zum Land rede, will ich auch ein Wort des Dankes an die scheidende Landtagsabgeordnete **Handan Özgüven** richten. Ich habe gerne mit ihr zusammengearbeitet. Auf sie konnte man zählen.

„Landkreis und Kommune sind in konstruktiver Partnerschaft verbunden.“

Mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und Frau Landrätin Fründt haben wir auch im vergangenen Jahr unsere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortgesetzt.

Dies gilt in besonderer Weise für den Fachbereich Bauen, Wasser- und Naturschutz, der uns stets mit Rat und Tat zur Verfügung steht und den Fachdienst Kreisentwicklung, aber auch mit der Kommunalaufsicht und der Revision arbeiten wir gut zusammen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass zwischenzeitlich die Jahresabschlüsse bis 2016 geprüft worden sind.

Der Abschluss 2017 wurde bereits erstellt, dessen Ergebnisse können Sie im Haushaltsplan sehen. Dies führt natürlich dazu, dass wir einige (Einnahme-)Ansätze der Realität angepasst haben.

Wir sind wieder „up to date“. Dies ist eine große Arbeitsleistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereiches I und der Stadtkasse gewesen. Dafür danke ich herzlich.

2019 bekommen wir übrigens Besuch vom Landesrechnungshof zur „Vergleichenden Prüfung“. Die Ergebnisse werden dann Mitte 2020 vorliegen.

Im II. Halbjahr 2018 haben wir eine neue Finanzsoftware eingeführt.

Auch dies geht nicht einfach so von statten, sondern bedarf der intensiven Vor- und Nachbereitung. **Und naturgemäß holpert es dann in der Praxis hin und wieder über einen gewissen Zeitpunkt.** Dies ist normal und hierfür ist Verständnis angebracht.

Auch der Haushaltsplan und seine Anlagen haben eine neue Form erhalten.

Dies ist zunächst **ungewohnt**, schließlich waren wir alle seit Einführung der Doppik vor zehn Jahre eine bestimmte Form gewöhnt und wussten zumeist genau, wo wir etwas suchen mussten. Ich bin aber hoffnungsfroh, dass wir uns nach gewisser Zeit an die neuen Muster gewöhnen werden.

Zurück aber zum Miteinander mit dem Landkreis.

Positiv aus meiner Sicht ist die Auflage eines zunächst auf fünf Jahre bis 2022 befristeten **Kreisentwicklungsfonds**. An den Gesprächen zu dessen Ausgestaltung konnte ich als einer von fünf kommunalen Vertretern mitwirken.

Jährlich erhalten wir hieraus eine Pauschalzahlung von 39.000 Euro. Zudem können wir 2020 einen Betrag von 170.000 Euro für die Ausstattung unseres Kultur- und Bürgerzentrums erwarten.

Wenn auch die Kommune selbst nicht direkt von der **Ehrenamtspauschale** profitiert, so ist sie doch von Nutzen für unsere Vereine und Dorfgemeinschaften. Daher ist es begrüßenswert, dass diese Unterstützung seitens des Kreises auch 2019 fortgeführt werden soll.

Im Übrigen wissen wir natürlich alle darum, was unsere Vereine, Vereinigungen und Verbände in der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit ehrenamtlich leisten.

Die Ansätze der letzten Jahre werden daher fortgeführt. **Bei der investiven Sportförderung wurde aufgrund der sich abzeichnenden Vorhaben unserer Vereine eine Erhöhung vorgenommen.**

Mit unserer Unterstützung gelingt es 2019, dass der **TSV Mengersberg 1926 e.V.** erhebliche Landesmittel für die **Sanierung seiner Flutlichtanlage** erhält (100.000 Euro). Für die Kommune entstehen dabei keine Kosten, die Eigenmittel trägt vollständig der Verein.

Alljährlich ist übrigens der **5. Dezember der „Tag des Ehrenamts“**. Im kommenden Jahr wollen wir diesen Termin zu einer festlichen Veranstaltung nutzen und den vielen Ehrenamtlern in der Kernstadt und den Stadtteilen **„Dankeschön“ sagen.**

Auch dass es **2018 eine Rückzahlung in Höhe von 90.000 Euro wegen des guten Haushaltsverlaufes beim Kreis gab** (entspricht einer Kreisumlagensenkung von 0,75 Punkten), ist **erfreulich** und Beleg dafür, dass die Landrätin ihr Wort eingehalten hat, die Städte und Gemeinden an Überschüssen des Landkreises partizipieren zu lassen.

Die **Bürgermeister hatten eine solche Entwicklung ja bereits im Herbst 2017 vorausgesagt** und festgestellt, dass sich der Kreis ein wenig ärmer rechnet als er tatsächlich im Verlauf des Jahres 2018 sein wird. **Wir hatten uns seinerzeit für eine deutlichere Senkung der Kreisumlage als 0,5 Punkte ausgesprochen.**

Dass diese unterblieben ist, kann ich aus politischen Gründen durchaus nachvollziehen, auch, dass es **2019 keine Umlagensenkung** geben soll, passt in diesen Kontext.

Ob sie diesmal von vornherein möglich wäre, vermag ich aus hiesiger Sicht nicht abschließend zu beurteilen. Ausschließen will ich es aber nicht.

Daher muss auch im kommenden Jahr gelten: Wenn der Kreis erneut besser abschneidet als prognostiziert, dann ist es nur recht und billig, die Kommunen hieran zu beteiligen.

Die Landrätin hat in ihrer Haushaltsrede eine grundsätzliche Bereitschaft hierfür erkennen lassen.

Dass es im Haushalt 2019 zu einer Minderausgabe bei der Kreis- und Schulumlage in Höhe von insgesamt 160.000 Euro kommt, hängt also nicht mit einer Umlagesenkung zusammen, sondern mit unseren geringeren Schlüsselzuweisungen.

Die aktuelle Personalpolitik des Kreises kenne ich nur anhand der Einbringungsrede von Frau Landrätin Fründt und der Presseberichterstattung.

Nach meiner Rechnung wurden – eine Beschlussfassung des Etats 2019 vorausgesetzt – seit 2017 101 Stellen entfristet, d. h. in den Stellenplan eingestellt, und zumindest 70 Stellen im gleichen Zeitraum neu geschaffen.

Die Notwendigkeit der neuen Stellen kann ich von hier aus nicht in allen Facetten beurteilen. Für eine Entfristung sprechen grundsätzlich gute Gründe.

Auch für die Große Koalition aus Kreisebene muss aber gelten, dass man in guten Zeiten stets auch an die schlechten, die unweigerlich wieder einmal kommen werden, denken muss.

Wer jetzt alle befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete umwandelt, wer neue Stellen schafft, der muss sie auch später solide finanzieren können.

Sollte es hier einmal klemmen und man dann auf die einfache Idee kommen, die Umlagen zu erhöhen, dann würde ich meine Haushaltsreden vor 2016 herausholen und deutliche Worte in Richtung Kreishaus finden müssen.

Ich habe aber die Hoffnung, dass die Verantwortlichen auf Kreisebene dies bedacht haben.

Die Begründung von Landrätin Fründt zu dieser Personalpolitik finde ich grundsätzlich richtig und will Sie Ihnen daher nicht vorenthalten. Sie spricht u. a. davon, dass die Aufgaben der Verwaltung aufgrund zahlreicher neuer Gesetze und Verordnungen gestiegen seien, dass neue Anforderungen und die Abwicklung von Förderprogrammen hinzugekommen seien, dass man dem Fachkräftemangel nur dann erfolgreich begegnen könne, wenn man unbefristete Stellen anbiete.

Alles Punkte, die auch auf unsere Stadtverwaltung zutreffen. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Ein berechtigtes Anliegen der Städte und Gemeinden erscheint mir zu sein, auch 2019 die vom Landkreis als Sozialhilfeträger ersparten Kindergartengebühren einzufordern.

Dies waren 2018 für Neustadt immerhin 31.000 Euro.

Wir werden diese 2018 und 2019 **an die Eltern der U3-Kinder weiterreichen**, die so 55 Euro im Monat einsparen. Dies würden wir gerne fortsetzen und setzen dabei darauf, dass der Kreis Verständnis für die Sichtweise der Kommunen aufbringt.

Wenn das Land die Kindergartenfinanzierung nicht umgestellt hätte, dann müsste der Kreis weiterhin Kindergartengebühren zahlen und zwar mehr als 135,60 Euro.

Daher macht man es sich im Kreishaus zu einfach, wenn man lediglich feststellt, dass es für die Rückzahlung keine Verpflichtung gäbe und die Gelder dem Kreishaushalt zuführt.

Hier hätte ich mir die **Innovationskraft gewünscht**, die an anderer Stelle ja vielfältig vorhanden ist. Manchmal sogar in einem solchen Überfluss, dass die Kommunen dem gar nicht nachkommen können.

Der Kreis möchte auch im Bereich der frühkindlichen Bildung gestalten. Die Landrätin spricht in ihrer Etatrede davon, dass man „Motor und Teil einer sorgenden Gemeinschaft sein wolle“. Mir erscheint es daher durchaus angebracht, die Forderung auf Teilhabe der Städte und Gemeinden an den ersparten Aufwendungen zu erheben.

Aber noch einmal kurz zurück zum Positiven:

Ein gemeinsames Miteinander von Kommune und Landkreis wird es bei der Ausgestaltung des Kultur- und Bürgerzentrums, insbesondere des dort angesiedelten Familien- und Generationenzentrums von 0-99 Jahren, und bei der geplanten Sanierung des „Waldstadions“ geben.

Schule und Volkshochschule werden ab 2020 zu den Nutzern des Gebäudes gehören.

An **kulturellen Veranstaltungen des Kreises**, wie dem „Literaturfrühling“, **wirken wir gerne mit** und freuen uns auch zukünftig, wenn unser diesbezügliches Engagement finanzielle Unterstützung erfährt.

Die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden mit dem Landkreis in der **Breitband GmbH Marburg-Biedenkopf** ist positiv und leistet immer wieder wichtige Beiträge für die Verbesserung der Infrastruktur.

Wir registrieren positiv, dass die Landrätin sehr oft vor Ort ist und Anteil am Geschehen nimmt.

Im Ergebnis ist also aus meiner Sicht abermals festzustellen, dass das Miteinander gut ist. Und wie in einer Familie muss man ja nicht immer einer Meinung sein.

Ich halte wenig davon, wenn sich Landkreis und Kommunen permanent beharken und kritisieren. **Jeder von uns hat seine Berechtigung und Aufgabe. Diese gilt es zu erfüllen und das gelingt am besten in einem konstruktiven Miteinander.**

„Interkommunale Zusammenarbeit – gemeinsam mehr erreichen.“

Ein „Dauerbrenner“ in den vergangenen Haushaltsreden war stets die **Interkommunale Zusammenarbeit**. Diese wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut.

Jüngste Beispiele aus dem Jahre 2018 sind unser Beitritt zum **Gemeinsamen Ordnungsbezirk zur Überwachung des fließenden Verkehrs** mit Kirtorf und anderen Vogelsberg-Kommunen und der Beitritt zum von 21 Städten und Gemeinden gebildeten **Gemeinsamen Ordnungsbezirk zur Gefahrgutüberwachung** im Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Auch das vom Landkreis auf den Weg gebrachte Projekt Cybersicherheit, die Geodaten-Bank und eine gemeinsame Vergabestelle sind in diesem Zusammenhang noch zu nennen.

Die **IKZ-Studie mit unseren Nachbarkommunen Stadtallendorf und Kirchhain** konnte noch nicht erarbeitet werden, da der Bewilligungsbescheid trotz frühzeitiger Beantragung beim Land erst kürzlich aus Wiesbaden eingetroffen ist.

Wir werden die Thematik nun im Januar 2019 angehen und gemeinsam mit den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausloten, wo eine Zusammenarbeit ohne Qualitätsverluste für Kommunen und Bürgerschaft machbar ist.

Zwischenzeitlich hat auch die **Stadt Rauschenberg** ihr Interesse an einen Einbezug in die Studie erklärt, was ich positiv sehe.

Gemeinsam mit dem Landkreis überlegen die Städte Neustadt, Stadtallendorf und Kirchhain in den nächsten Monaten auch, ein **gemeinsames „Heckenmanagement“** auf den Weg zu bringen.

Ein gutes Beispiel für eine Interkommunale Zusammenarbeit ist auch der **Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke (ZMA)**.

Seit der Gründung des Verbandes 2005 bis heute wurden über 23 Mio. Euro in Neustadt investiert. Ein Betrag, den die Kommune nie hätte schultern können.

Es ist begrüßenswert, dass der ZMA nun für Neustadt die **Schmutzwassergebühr um fast 60 Cent absenkt**. Dagegen steht eine Erhöhung der **Niederschlagsgebühr** um 2 Cent. Dies **belastet die Kommune bei der Straßenentwässerung mit rund 8.000 Euro**. Eine Summe, die wir beim Schmutzwasser aufgrund der Gebührensenkung einsparen. Im Gegenzug kommt es aber bei den versiegelten Flächen, die im Eigentum der Kommune stehen, wieder zu Mehrkosten.

„Der ländliche Raum braucht mehr Gehör!“

80 % der Landesfläche Hessens zählen zum ländlichen Raum. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt dort. 2.000 Dörfer und 370 kleinere Städte und Gemeinden gehören dazu, auch Neustadt.

Der ländliche Raum braucht eine stärkere Stimme als in der Vergangenheit, um seine Forderungen an die Politik zu artikulieren.

Als sie in Wiesbaden noch in der Opposition war, hatte die CDU einmal eine „**zweite Kammer**“ neben dem Landtag angeregt, um die Stellung der kommunalen Familie beim Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene zu stärken.

Vor über zwanzig Jahren sprach ich zu diesem längst in der Schublade verschwundenen Vorschlag in der Stadtverordnetenversammlung. Wenn ich heute noch einmal darüber nachdenke, dann finde ich diese Idee immer noch gut.

Vielleicht sollten Landkreise, Städte und Gemeinden einmal darüber nachdenken.

Politik für den ländlichen Raum ist etwas, was die Landkreise und die Kommunen in einem fairen Miteinander auf den Weg bringen müssen.

Wer, wenn nicht wir selbst, kann unsere Interessen wirkungsvoll vertreten?

Interessenvertretung für den ländlichen Raum wird seit einigen Jahren insbesondere von **den Regionen wahrgenommen**. Diese leisten, wie gerade auch unsere Regionalmanagerin Alexandra Klusmann, wirklich gute Arbeit.

In manchen Landkreisen hat man sich seinerzeit dazu entschlossen, nur eine Region zu bilden. Dies halte ich im Ergebnis für richtig.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf sind es drei: Marburger Land, Burgwald-Ederbergland und Lahn-Dill-Bergland. Ausschlaggebend hierfür waren u. a. historische Wurzeln und touristische Gründe.

Dies wird sich wohl – auch wenn es in meinen Augen wünschenswert wäre - nicht mehr ändern lassen.

Vor diesem Hintergrund ist es aber zu begrüßen, dass die Landrätin in ihrer Haushaltsrede ankündigte, das Regionalmarketing aus- und die Wirtschaftsförderung umzubauen.

Ich setze darauf, dass hierbei die kreisangehörigen Kommunen mit einbezogen werden.

2020 beginnt eine neue Förderperiode bei LEADER. Es wäre gut, wenn es dann gelänge, zumindest die Region Marburger Land breiter aufzustellen und Kirchhain und Cölbe für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Neustadt hat in der langsam zu Ende gehenden Förderperiode bisher sehr gut von den Fördermitteln partizipiert und einiges umsetzen können.

Für **2019** denken wir eine **Neugestaltung des Umfeldes der Grillhütte Momberg** an. Hierfür sind 25.000 Euro bei einer „bereinigten“ Förderquote“ von 60 % vorgesehen.

Im kommenden Jahr werden wir zudem wieder anstreben, eigene kulturelle Veranstaltungen in die Arbeit der Region einzubinden und sicher hierfür ideelle und finanzielle Unterstützung zu erfahren.

„Eine Kommune braucht Partner.“

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich einmal bei allen Sponsoren zu bedanken, die immer wieder die soziale und kulturelle Arbeit der Kommune unterstützen.

Sie ermöglichen Dinge, die über die Pflichtaufgaben hinausgehen. Dazu gehört beispielsweise unser „Werbemobil“. Die Neuanschaffung haben wir vollständig vor Ort

abgewickelt. In diesem Zusammenhang mein **Dank an den Ersten Stadtrat** für sein diesbezügliches Engagement. Wir alle wissen es auch zu schätzen, dass er sich bei der FANTA-Spielplatzinitiative voll ins Zeug legt.

Unser Dank muss sich auch an die vorhandenen Fördervereine richten.

Die **Fördervereine** der Freiwilligen Feuerwehren, der Kindergärten, der Förderverein Bürgerpark und der Förderverein Hallenbad sind ebenso unverzichtbar wie unsere **Heimat- und Verschönerungsvereine.**

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch unseren Vereinen für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit danken.

Auch sie sind ein Partner wichtiger der Kommune und können sich auch zukünftig auf uns verlassen.

„Das Haushaltsjahr 2018 – ein kurzer Rückblick.“

Das Haushaltsjahr 2018 geht in wenigen Tagen zu Ende. Der Haushaltsvollzug ist weitestgehend planmäßig verlaufen. **Wir haben Sie hierüber mit den Quartalsberichten regelmäßig informiert. Zudem sei auf die Ausführungen im Vorbericht zum Haushaltsplan 2019 verwiesen.**

Es gab wie immer positive, aber auch negative Veränderungen. Weniger Einnahmen in einigen Bereichen konnten durch Mehreinnahmen oder Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden.

Nach gegenwärtigem Stand gehen wir daher davon aus, dass der prognostizierte Überschuss für das laufende Jahr wohl annähernd erreicht werden kann.

Für unsere Ende 2017 definierten „Leuchtturmprojekte“ Abriss „Haus der Begegnung“/Neubau Kultur- und Bürgerzentrum, Grundhafte Sanierung des Freibades und Herstellung der Barrierefreiheit und städtebauliche Aufwertung des Rathausplatzes wurden nach aufwendigen Verfahren die Planungsbüros ausgewählt.

Das „**Haus der Begegnung**“ ist abgerissen. Der Bauantrag eingereicht. Die Planungen weitestgehend abgeschlossen. Das **baufachliche Prüfverfahren** mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen eingeleitet. **Danach wissen wir, wie viel der in Aussicht gestellten**

Fördermittel tatsächlich für das Vorhaben gewährt werden. Die Ausschreibung für den Rohbau wird aktuell vorbereitet und im Januar 2019 „auf den Markt“ gebracht. **Wir liegen im Zeitplan.**

Beim **Freibad** haben wir eine erste Planung vorgelegt bekommen, diese wird nun finalisiert und muss ggf. nach den anstehenden Vergaben beim Kultur- und Bürgerzentrum an die Gegebenheiten angepasst werden. **Wir liegen gegenwärtig auch hier im Zeitplan.**

Für den **Rathausplatz** wurden die Planungen erstellt und öffentlich vorgestellt. Seitens des Denkmalschutzes gibt es aber noch Gesprächsbedarf. Hierüber wird zu reden sein und ggf. müssen die Planungen angepasst werden. Im Frühsommer dieses Jahres hatten wir uns entschlossen, aufgrund der gefüllten Auftragsbücher der Baufirmen das Projekt erst im Frühjahr 2019 anzugehen.

Für das **Jugendheim** haben wir zunächst dessen **Sanierungsmöglichkeiten untersuchen lassen.** Hierbei ergab sich, dass das **Gebäude zwar sanierungsfähig, aber nicht sanierungswürdig** ist. Auch konnte zu etwaigen Kosten nichts Verbindliches ausgesagt werden. **Ein Fass ohne Boden kann ich aber nicht verantworten.** Das Historische Rathaus, sicher weitaus beherrschbarer als das Jugendheim, reicht mir als Negativbeispiel für ansteigende Kosten bei der Denkmalsanierung für die nächsten Jahre.

Daher entstand die Idee des Abrisses. Dadurch hätte der Junker-Hansen-Turm freigestellt werden können und mittels eines Ersatzbaues hätten wir u.a. die Barrierefreiheit für das Nebengebäude geschaffen.

Ein von uns beauftragtes **bauhistorisches Gutachten hat diesem Vorschlag** aufgrund der historischen Bausubstanz im Erdgeschoß des Jugendheimes **aber die Grundlage entzogen.**

Mithin wird bei diesem Gebäude in absehbarer Zeit aus Sicht des Magistrats nichts passieren, zumal wir keine Fördermittel hierfür zur Verfügung haben. Kleinere (!) Reparaturen einmal ausgenommen.

Die Projekte **Historisches Rathaus** und **Zollhof Speckswinkel** konnten im Verlauf des Jahres 2018 ebenso abgeschlossen werden, wie eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen, die im Haushaltsplan enthalten waren.

Die **europaweiten Ausschreibungen** für unsere Großprojekte Kultur- und Bürgerzentrum und Freibad wurden zum größten Teil vom Leiter unseres Fachbereiches II, Thomas Dickhaut,

selbständig betreut. Dadurch dürften der Kommune wohl etwa **80.000 Euro erspart** worden sein. Dass dadurch manches anderes in eine nachgeordnete Priorität gelangte, ist klar und wird von mir ausdrücklich getragen.

Die **Borkenkäferplage** hat auch den Stadtwald Neustadt heimgesucht. **Die Fichtenpopulation wurde stark dezimiert.** Zwar gelang es, den für das Wirtschaftsjahr 2018 prognostizierten Überschuss beim Holzverkauf leicht zu übertreffen (plus 15.000 Euro, Stand Ende November 2018), allerdings wurde dafür natürlich mehr Holz veräußert als geplant. Dies wird sich langfristig bemerkbar machen.

Es wird sechzig Jahre und mehr dauern, bis die neuen Bäume eingeschlagen werden können. Zukünftig werden sicher mehr Laubbäume angebaut, denn diese verschont der Borkenkäfer. Wir wissen aber, dass für Fichten mehr Erlöst werden kann.

Die Borkenkäferplage wird sich also langfristig im Produkt „Kommunale Forstwirtschaft“ bemerkbar machen.

Im kommenden Jahr werden wir ohnehin Mindereinnahmen durch die negative Preisentwicklung auf dem Holzmarkt zu verzeichnen haben.

Zumindest bis zum 31.12.2020 werden wir weiterhin kompetent von Hessen-Forst nicht nur bei der Beförderung, sondern auch beim Holzverkauf **betreut.** Die Landesregierung hat ihre ursprünglichen Planungen revidiert und Übergangsfristen eingeräumt. Das ist gut so. Es wäre wünschenswert, wenn der Status quo beibehalten werden könnte. Für uns ist der vorteilhaft.

Zahlen und investive Projekte sind das eine. Beides ist wichtig für eine Kommune, aber – wie eingangs von mir bereits dargelegt – nicht alles.

„Atmosphäre“, durchaus in unterschiedlichen Ausprägungen, ist das andere. Sie trägt nämlich dazu bei, dass man in einer Stadt oder Gemeinde eben nicht nur wohnt, sondern lebt. Dies ist ein gewichtiger Unterschied.

Was gibt es hier aus 2018 zu berichten?

Neustadt gehörte zum zweiten Male zu den **Landessiegern der Innenstadt-Offensive Hessen „Ab in die Mitte“.** 2019 haben wir uns aber aufgrund der doch engen zeitlichen Vorgaben für den Wettbewerb entschieden, einmal auszusetzen und andere Schwerpunkte im kulturellen Bereich zu setzen.

Die mediale Präsenz unserer Kommune ist weiterhin sehr stark. In anderen Städten und Gemeinden wird wahrgenommen, was bei uns so alles passiert.

Man redet über uns und zwar positiv.

Unsere **Öffentlichkeitsarbeit** findet sich gerade auch im „**Mitteilungsblatt**“ wieder, das sich erfreulicherweise zu einer wöchentlichen Heimatzeitung entwickelt hat.

Ein Höhepunkt war auch 2018 wieder der **Mitmach-Circus für die Kinder von 6-12 Jahren**. Die kleinen Artisten waren mit Feuereifer bei der Sache und über 400 Zuschauer waren begeistert.

Auch das **Neustädter Kleinkunstfestival** um den “Goldenen Biber“ war eine tolle Sache. Ebenso wie das „**Straßenmalerfestival**“, das die Kommune vielfältig unterstützt, ist es in der Region zwischen Kassel und Gießen einzigartig.

Ich bin mir sicher, dass sich Mitmach-Circus und Kleinkunstfestival ebenso etablieren werden, wie der „bunte Bilderteppich“ in der Marktstraße.

Wir sollten im Übrigen einmal schauen, ob und ggf. welche kommunalen kulturellen Veranstaltungen wir in den Stadtteilen durchführen könnten.

Für 2019 schlagen wir eine leichte Erhöhung der Mittel zur Stadt- und Dorfverschönerung vor.

Ein Projekt, welches wir im Frühjahr mit dem **Imkerverein Kirchhain und Umgebung**, der 2019 100 Jahre alt wird, angehen wollen lautet „**Neustadt blüht auf**“. Wir wollen auf öffentlichen und privaten Flächen kleine Blühinseln schaffen und werden dafür Samentütchen verteilen.

Die **725-Jahrfeier Mengsbergs** im kommenden Jahr wollen wir **mit 8.000 Euro unterstützen**. Solche historischen Daten verdienen es, entsprechend gewürdigt zu werden.

„Der Haushalt 2019 – Die wichtigen Zahlen.“

Richten wir nun unseren Blick auf die Haushaltssatzung 2019 und deren wichtigen Aussagen:

Der **Ergebnishaushalt** – und das ist ja immer ein entscheidender Parameter – schließt zum vierten Mal hintereinander nicht nur ausgeglichen ab, sondern erneut mit einem **Überschuss**. Diesmal sind es **716.260 Euro**. In diesem Ergebnis sind zahlungswirksame als auch nicht zahlungswirksame Vorgänge berücksichtigt. Der zahlungswirksame Überschuss beträgt 824.610 Euro.

Die **Investitionen des Finanzhaushaltes** können gegenwärtig jedenfalls **ohne die Neuaufnahme von Krediten finanziert** werden.

(Hiermit sind Kredite des allgemeinen Kreditmarktes gemeint. KIP-Mittel Land und Ko-Finanzierungsmittel aus der „Hessenkasse“, sind von dieser Aussage nicht umfasst.)

Zur Finanzierung der Projekte entnehmen wir unserem Finanzmittelbestand 772.590 Euro.

Das wäre vor einigen Jahren unmöglich gewesen, da die Stadtkasse leer war, und ist ein Beleg für unsere gegenwärtig geordnete Finanzsituation.

Wenn man den zum 1.1.2019 ausgewiesenen Finanzmittelbestand von voraussichtlich 2.505.136 Euro betrachtet, dann bedarf es hier aber einiger Worte der Erklärung.

Hiervon müssen – Sie sehen das in der Haushaltssatzung und folglich dann auch beim voraussichtlichen Finanzmittelbestand zum 31.12.2019 - rund 772.590 Euro zur Finanzierung von Projekten des kommenden Haushaltsplanes abgezogen werden.

Weiterhin sind hiervon durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Rückstellungen, Finanzierungen und über- bzw. außerplanmäßige Auszahlungen der Jahre 2017 und 2018 in Höhe von fast 1,2 Mio. Euro in Abzug zu bringen.

So dass tatsächlich ein „bereinigter“ Finanzmittelbestand von etwa 532.000 Euro gegeben ist. In dieser Summe ist dann auch die angesprochene Liquiditätsreserve von 277.000 Euro berücksichtigt.

Dieser Finanzmittelbestand kann bei negativem Haushaltsverlauf schnell aufgebraucht sein und – wie ausgeführt – eine Kreditaufnahme notwendig machen.

Auch 2019 können wir – nach derzeitigem Stand - die **Verschuldung abermals senken** und zwar **um 450.000 Euro**.

(Entsprechend obiger Ausführungen bezieht sich diese Aussage auf die „eigenen“ Schulden der Kommune.)

Aus diesen Aussagen können Sie entnehmen, dass auch das **Haushaltsjahr 2019** – zumindest in der Prognose – **verspricht, die positive Entwicklung der letzten Jahre fortzusetzen**.

Wir sollten aber täglich ein Kerzlein anstecken, dass dies auch in den kommenden Monaten so bleibt. **Die Realität kann leider ganz schnell anders aussehen, als die Prognose.**

Kostensteigerungen von „nur“ 10 % bei sämtlichen investiven Vorhaben würden schon für nicht unerhebliche Turbulenzen sorgen.

Aus diesem Grunde ist es wichtig, den soliden Haushaltskurs der letzten Jahre fortzuführen.

Wenn wir noch einen kurzen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2022 werfen, dann stellen wir fest, dass sich der positive Trend fortzusetzen verspricht und wir in der Lage sind, die rechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Ich will aber nochmals darauf verweisen, dass wir für die Folgejahre insbesondere bei den **Schlüsselzuweisungen bewusst weniger angesetzt** haben, als nach dem Finanzplanungserlass errechnet wurde. Dass es dennoch „passt“, ist ein gutes Zeichen.

„Der Haushalt 2019 – die Vorhaben im Überblick.“

Was liegt in 2019 konkret an?

Die **Einführung der Wiederkehrenden Straßenbeiträge** ist weiter voranzutreiben und im Laufe des Jahres abzuschließen.

Einvernehmlich hatten wir hier eine Pause eingelegt, da nicht klar war, ob ggf. **das Land** – wie von der SPD im Rahmen des Landtagswahlkampfes gefordert – **den Kommunen pauschale Zuweisungen für den kommunalen Anteil am Straßenbau gewährt.**

Dieser Vorschlag dürfte nunmehr **zunächst vom Tisch** sein. Was ich bedauere.

Im Ergebnis wäre dies in meinen Augen nämlich die beste Lösung gewesen. Wobei ich allerdings die von der SPD hierfür angesetzten Mittel von 60 Mio. Euro pro Jahr für eindeutig zu niedrig halte. Meines Erachtens wurde bei der Berechnung außer Betracht gelassen, dass zahlreiche Kommunen - wie auch Neustadt – seit einigen Jahren den Straßenbau ausgesetzt haben.

Eine komplette Abschaffung der Straßenbeiträge, wie etwa in Stadtallendorf oder Gießen, ist für uns – und sicherlich viele andere Städte und Gemeinden - nicht leistbar.

Uns würden dann jährlich mehrere hunderttausend Euro fehlen.

Ich weiß nicht, wie die genannten Kommunen die Einnahmeausfälle kompensieren wollen, wir könnten es jedenfalls nicht.

Hier darf man auch nicht populistisch sein, sondern muss die jeweilige Kommune und ihre eigene (!) wirtschaftliche Leistungsfähigkeit betrachten.

Und eine Finanzierung über die Grundsteuer ist sicher der falsche Weg. Hat er auch viele Nachteile für Kommune und Bürger.

Natürlich wäre es **wünschenswert, wenn die neue Landesregierung nochmals über die Thematik nachdächte**. Entsprechende Resolutionen aus dem Kreise der Bürgermeister träge ich ausdrücklich mit. Nur sollte dies rasch geschehen, damit wir ggf. nicht Geld „versenken“.

Sollte dem nicht so sein, dann halte ich die Wiederkehrenden Straßenbeiträge eindeutig für das kleinere Übel. Sie verteilen die Lasten gerechter auf alle Einwohner, erstrecken sich auf einen längeren Zeitraum und sind letztlich auch generationengerecht. Die überwiegende Mehrheit wird hiervon profitieren.

Erfreulich, dass das Land die Einführung der Wiederkehrenden Straßenbeiträge in unserem Fall mit 90.000 Euro unterstützt.

2019 werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Planungen für die erste nach dem neuen System abzurechnende Maßnahme auf den Weg bringen.

2020 wird mit den **Nebenanlagen der Querallee** erstmals eine Maßnahme nach dem neuen Beitragssystem abgerechnet. **Ab 2021** werden dann **Jahr für Jahr zumindest eine weitere Straße** nach einer noch zu verabschiedenden **Prioritätenliste** grundhaft sanieren.

Bei der Aufstellung dieser Liste müssen wir natürlich auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird ebenfalls noch darüber zu befinden haben, wie wir den Begriff der „**historischen Straße**“ in unserer Kommune anwenden. Konkret geht es darum, ob es sich bei einzelnen Maßnahmen um eine grundhafte Sanierung oder um eine Erschließungsmaßnahme – hier dann nach wie vor mit 90 % Anliegerbeteiligung – handelt. **Seitens der Verwaltung wird eine „weite Handhabung“ des historischen Straßenbegriffs empfohlen.**

Nicht zuletzt aus Gründen des sozialen Friedens sollten wir bei einer Systemumstellung das vorhandene Ermessen nutzen und Erschließungsmaßnahmen nur dann annehmen, wenn es hier bereits entsprechende Vorausleistungsbescheide gibt.

Seit 2015 haben wir keine grundhaften Straßensanierungen mehr durchgeführt. Dies hatten wir wegen der Diskussion über die Einführung der Wiederkehrenden Straßenbeiträge einvernehmlich so vereinbart. Natürlich führte dies zu einer jährlichen Entlastung der Kommune von rund 150.000 Euro und spiegelt sich im Stadtsäckel positiv wieder.

Auch wenn es keine grundhaften Straßensanierungen gab, haben wir in den letzten Jahren dennoch erhebliche Mittel in die **Straßenunterhaltung** investiert. **2019** werden es erneut **110.000 Euro** sein.

Den Ansatz für den **Bau zusätzlicher Straßenlampen** haben wir auf **22.500 Euro angehoben** und tragen damit den Realitäten Rechnung, die sich insbesondere aus der Verkehrssicherung heraus ergeben.

Ab 2021 sollten wir dann auch damit beginnen, die vorhandenen **Erschließungsmaßnahmen ebenfalls nach einer Prioritätenliste abzarbeiten**. Auch hier scheint eine Baumaßnahme pro Jahr angezeigt.

Aufgrund der Tatsache, dass manche Erschließungsmaßnahme vor dreißig Jahren begonnen wurde, dürfte es hier besondere juristische „Herausforderungen“ geben.

2018 sprach ich davon, dass über eine Grundsteuererhöhung im Zusammenhang mit der Einführung der Wiederkehrenden Straßenbeiträge nachzudenken sein wird.

Bedingt durch die Tatsache, dass uns das Land Fördermittel gewährt, ist hierfür zumindest keine kurzfristige Notwendigkeit gegeben. Ganz außer Acht lassen dürfen wir diese Option aber nicht.

Die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge führt im Übrigen natürlich auch zu einer weiteren Arbeitsbelastung für die Stadtverwaltung.

„Gute Arbeit braucht qualifiziertes Personal.“

Die Zunahme der anfallenden Arbeiten für die kommunalen Verwaltungen hatte ja – ich habe darauf verwiesen – auch Landrätin Fründt als Grund für Veränderungen im Stellenplan des Kreises angeführt.

Soziale Stadt, Dorfentwicklungsprogramm, „Hessenkasse“, Kommunales Investitionsprogramm von Bund und Land, LEADER-Förderung, vermehrte Vorschriften im

Bereich von Einwohnermeldeamt und Standesamt, Zunahme von An- und Abmeldungen durch den permanenten Personenwechsel in der EAE, Datenschutz, viele Termine außer Haus, Netzgesellschaft Herrenwald, Änderung der Umsatzbesteuerung, Aufbau eines Gebäudemanagements, neue Vorschriften in der Gemeindehaushaltsverordnung, ... – die Aufzählung ließe sich problemlos noch fortsetzen. **Hierfür bedarf es qualifizierten und ausreichenden Personals.**

Zwei unserer Mitarbeiterinnen befinden sich in Elternzeit. Sie kehren Ende 2019 und zu Beginn des Jahres 2020 in die Verwaltung zurück, aber nicht mit 2,0 Stellen wie im Stellenplan gegenwärtig noch verzeichnet, sondern nur mit 1,25. Es fehlt also quasi eine Arbeitskraft (0,75) und dies bei zunehmender Arbeitsbelastung. Hier sollte auch vor dem Hintergrund des Vergleiches mit anderen kommunalen Verwaltungen zukünftig eine Einstufung nach E6 erfolgen.

Eine geringfügige Reduzierung von Arbeitszeit (0,23 Stellenanteil) gab es im letzten Jahr zudem auch im Bereich der Telefonzentrale/Poststelle nach dem Wechsel der bisherigen Stelleninhaberin in den Ruhestand.

Das bisschen freie Kapazität, welches wir durch den Beitritt zum Müllabfuhrzweckverband Biedenkopf erhalten, fällt bei einer Gesamtbetrachtung nicht nennenswert ins Gewicht.

Der Magistrat hat sich daher intensiv mit der Thematik befasst.

Geeignetes Personal mit der notwendigen Qualifikation zu finden, ist gegenwärtig äußerst schwierig. Wer von Ihnen im öffentlichen Dienst – zumal in Leitungsfunktion – tätig ist, weiß das. Wir haben dies im Übrigen im Verlauf der letzten zwölf Monate mehrfach erfahren.

Qualifiziertes Personal will Perspektive, keine Befristung.

Daher schlägt Ihnen der Magistrat vor, zwei zusätzliche unbefristete Stellen der Vergütungsgruppe E6 bzw. E7 im Stellenplan vorzusehen und die erwähnten Anpassungen vorzunehmen.

Eine dieser Stellen wird durch die erwähnte Stundenreduzierung der jungen Mütter und die Reduzierung im Bereich der Telefonzentrale/Poststelle weitestgehend kompensiert. Zudem soll eine 0,65 Stelle im Bereich Standesamt einen „kw“-Vermerk erhalten.

So dass wir an zusätzlichen Stellen – abgesehen von den genannten Anpassungen – letztlich von 0,37 mehr gegenüber der Ausgangssituation reden.

Wir erhöhen aber die Zahl unserer Köpfe und das ist wichtig.

Im Jahre 2019 würde es im Übrigen – wie dargestellt - höchstens zu einer geringen zusätzlichen finanziellen Belastung für die Kommune kommen.

Wir können uns diese personellen Veränderungen nach der mittelfristigen Finanzplanung leisten und haben sie aus Sicht des Magistrats nötig, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten bzw. die „Schlagkraft“ zu verbessern.

Sollte der Stellenplan wie vorgeschlagen verändert werden, dann würde es im Hause eine **Neuordnung der Fachbereiche bzw. Teams geben**, um eine **optimale Neuaufstellung** zu erreichen.

2019/2020 verlassen uns dann unser Hausmeister und der Vorarbeiter des Bauhofes. Beides langjährige Mitarbeiter und Leistungsträger.

Wir haben jeweils eine Einarbeitungszeit von sieben Monaten für die Nachfolger eingeplant. Dabei ist uns bewusst, wie schwierig es sein wird, qualifiziertes Personal – zumal zu den bisherigen Eingruppierungen - zu bekommen.

Daneben müssen wir zukünftig auch erhöhte Anstrengungen unternehmen, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten.

Wenn wir 2020 mit dem Familien- und Generationenzentrum starten, dann wird auch dies zusätzlichen Personalbedarf nach sich ziehen.

Dies haben wir vom Grunde her in der mittelfristigen Finanzplanung bedacht, wobei sich hier die Planungen naturgemäß noch in einem frühen Stadium befinden. **Hier werden wir 2019 die inhaltliche Planung vorantreiben, natürlich nach Fördermitteln Ausschau halten** und Sie auf dem Laufenden halten.

Auch dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass das Kultur- und Bürgerhaus gute Betreuung durch einen Hausmeister braucht. Was nutzt ein neues Gebäude, wenn sich keiner darum kümmert?

Ab Januar 2019 übernimmt der **Müllabfuhrzweckverband Biedenkopf (MZV)** den Abfalltransport in unserer Kommune. Die notwendigen Vorarbeiten wurden geleistet. Auch wenn es am Anfang sicher hier und da mal klemmen wird, war dieser Schritt richtig und trägt zur **Beitragsstabilität bzw. zu geringeren Steigerungen** als bei einer eigenverantwortlichen

Aufgabenwahrnehmung bei. Im Haushaltplan haben wir die **Übertragung der Gebührenrücklage** in Höhe von 165.000 Euro auf den MZV dargestellt.

Über die Frage der **zukünftigen Wasserversorgung bzw. Betreuung der Wasserversorgungsanlagen der Stadtteile Mengsberg, Momberg und Speckswinkel** haben wir erst Mitte November den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte berichtet. **Diese Frage bedarf 2019 einer Regelung.**

Fakt scheint gegenwärtig zu sein, dass die Wasserversorgung im Eigentum der Kommune verbleibt und nur eine Vergabe der technischen Betriebsführung zu überlegen ist.

Diese könnte durch einen **Dienstleister** oder im Rahmen **einer Interkommunalen Zusammenarbeit** von mehreren vergleichbaren Kommunen von einem **Verband** übernommen werden. Entsprechende Gespräche wurden zwischenzeitlich auf den Weg gebracht. **Sollten diese Wege nicht zielführend sein, dann müssten wir diese Aufgabe mit eigenem, dann aber sicher zusätzlichem Personal, weiterhin übernehmen. Einen Weg, den ich nicht anstrebe, möglicherweise aber gehen muss.**

Die Kalkulation durch ein erfahrenes Büro hat aufgezeigt, dass **hinsichtlich des Wasserpreises bereits jetzt Handbedarf besteht.**

Seitens des Magistrats wird daher eine Erhöhung des Wasserpreises um **15 Cent netto** vorgeschlagen. Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, darauf hinzuweisen, dass dies wohl noch nicht das Ende der Fahnenstange sein wird.

In der mittelfristigen Finanzplanung weisen wird zudem darauf hin, dass der **Hochbehälter in Speckswinkel ersetzt werden muss. Über die Art des Ersatzes und die Finanzierung wird noch nachzudenken sein.** Vergessen dürfen wir in diesem Zusammenhang aber nicht, dass die Hochbehälter in Mengsberg und Momberg von den dortigen Grundstückseigentümern und der Kommune finanziert wurden.

Die Kalkulation der Wassergebühren hat uns aufgezeigt, dass es Defizite in unserer Preisgestaltung gibt.

Daher spricht sich der Magistrat dafür aus, dem Beispiel anderer Städte und Gemeinden zu folgen und eine **Kalkulation der Friedhofsgebühren vornehmen** zu lassen. Hierfür ist ein Ansatz von 7.500 Euro vorgesehen.

Im Haushalt finden sich auch Ansätze für die **Sanierung des Daches der Trauerhalle in Mengersberg** (50.000 Euro aus der Hessenkasse) sowie der Neuanlage von Grabfeldern in der Kernstadt und in Mengersberg.

Die Ansätze für den Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums (6 Mio. Euro ohne Ausstattung, hierfür 200.000 Euro in 2020, davon 170.000 Euro aus dem Kreisentwicklungsfonds, Stand November 2018), die Sanierung des Freibades (2,8 Mio. Euro, Stand Dezember 2018 – 150.000 Euro in 2020 bzw. „Altmittel“ von rund 50.000 Euro aus 2016) und den Rathausplatz (440.000 Euro, Stand November 2018) wurden den Entwicklungen des letzten Jahres angepasst.

Beim **Kultur- und Bürgerzentrum**, für welches uns im Übrigen noch keine passende Abkürzung eingefallen ist, müssen wir zudem schauen, was noch an **zusätzlichen behördlichen Anforderungen auf uns zukommt**. Hier geht es vorrangig um die Einleitung des Niederschlagswassers in die Wiera.

Beim **Kostenansatz für die Sanierung des Freibades** haben wir für die Ansatzbildung die 2017 fortgeschriebene **Freibadstudie als Grundlage genommen** und einen Aufschlag von 100.000 Euro für Kostensteigerungen vorgesehen. Die Studie nannte einen Betrag von 2,7 Mio. Euro. Darin waren die Sanierung von Funktionsgebäude und Beckenlandschaft sowie die Neuanlage eines Kleinkinderbeckens, aber keine weiteren Attraktionen, vorgesehen.

Über das genaue Vorgehen beim Bad wird nach Vorlage einer Entwurfsplanung im I. Quartal 2019 zu entscheiden sein. Aus meiner Sicht wäre eine **Attraktivierung gerade für Kinder**, und damit letztlich **Familien**, wünschenswert. Nur diese würde dazu führen, die Besucherzahlen steigern zu können. **Sie müsste aber unter natürlich unter Berücksichtigung der Projektreihenfolge bewertet werden.**

Beim Kultur- und Bürgerzentrum und dem Freibad schauen wir natürlich nach weiteren Fördertöpfen, aber irgendwann dürfte auch hier leider Schluss sein.

Vergessen wir bitte nicht: Wir investieren allein in diese drei „Leuchtturmprojekte“ rund 9 Millionen Euro bei rund 7 Mio. Euro Förderung.

Sie wurden über den Verlauf der Planungen im Rahmen der regelmäßigen Sachstandsberichte in den Fachausschüssen informiert, zuletzt am 11.12.2018. Diese Unterrichtung wird natürlich beibehalten. Bei guten und schlechten Nachrichten. Versprochen.

Den Ansatz für das Jugendheim aus 2018 bitte ich als „Platzhalter“ aufzufassen. Die Maßnahme wird – wie ausgeführt – nicht zur Ausführung kommen.

Klar aber ist, dass wir recht schnell wissen müssen, wie es hier weitergeht. Die Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Bundes müssen nämlich bis Ende 2020 verausgabt sein. Wir müssen im I. Halbjahr ein Projekt auswählen, welches in den Kriterienkatalog des Bundes passt. Gespräche mit den Projektbeteiligten führen und dann rasch mit der Umsetzung beginnen **Schließlich ist klar, dass wir keine Fördergelder in sechsstelliger Höhe verschenken wollen.**

Als Maßnahme böte sich vorrangig ein Anbau an den Kindergarten „Arche Noah“ in Momberg an, ein aufgrund der Gebäudekubatur aber nicht ganz einfach umzusetzendes Vorhaben. Dort fehlt ein Gemeinschaftsraum, der bei Bedarf auch einmal als Gruppenraum genutzt werden könnte. Bevor wir hier aber starten könnten, gilt es Gespräche mit der Katholischen Kirchengemeinde St. Johannes d. T. als Träger der Einrichtung und dem Kreis als Gebäudeeigentümer zu führen und die Ergebnisse mit dem Fördergeber abzustimmen.

(Seitens KIP Bund stünden – unter Einbeziehung der Kosten für den Rathausplatz – noch 351.000 Euro zur Verfügung. Hiervon trägt die Kommune 10 %. Beim Jugendheim war zudem ein weiterer kommunaler Anteil von 100.000 Euro vorgesehen. Hiervon wurde ein kleiner Teil für die angesprochenen Untersuchungen verausgabt.)

Im Haushaltsplan 2019 sind zahlreiche weitere investive Projekte etatisiert.

Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass sie nicht nur im kommenden Jahr, sondern auch darüber hinaus, umgesetzt werden können.

Wir handeln hier nach einem biblischen Wort, das auch Manfred Rommel gerne zitierte: **„Wer ernten will, der muss zuvor säen.“**

An dieser Stelle muss „vorsorglich“ darauf hingewiesen werden, dass wir einige der im Haushaltsplan genannten Projekte sicher zeitlich über 2019 hinaus „strecken“ müssen. Dies lässt das Haushaltsrecht ja ausdrücklich zu.

Gibt es doch Planungen, Genehmigungen, Ausschreibungen, Behördengespräche und vieles mehr zu berücksichtigen.

Natürlich wollen wir so viel schaffen, wie es nur geht, aber es geht nicht immer alles und leider auch nicht sofort.

Wir laufen bildlich gesprochen eben nicht 100m, sondern 110m Hürden. Da wird nicht immer alles glattgehen, **da wird es Herausforderungen geben, die heute noch nicht absehbar sind.** Ihnen werden wir uns stellen müssen. Hierüber werden wir Sie natürlich regelmäßig informieren.

Wir haben ein Ziel, das werden wir verfolgen und nicht stehenbleiben. Und wenn einmal etwas verschoben werden muss, dann ist dies kein Rückschritt, sondern manchmal sogar klug.

Auch im Haushalt 2019 nehmen die Bereiche (Klein-)Kinderbetreuung und Senioren wieder einen besonderen Schwerpunkt ein.

In der KiTa „Regenbogen“ werden durch den **Umbau der Bücherei zu einer fünften Gruppe** zusätzliche Betreuungsplätze, gerade auch für Kinder unter drei Jahren, entstehen.

Dies wird natürlich zusätzlichen Personaleinsatz ab August 2019 nach sich ziehen.

Der Waldkindergarten ist erfolgreich angelaufen. Derzeit werden 13 Kinder betreut. Aufgrund der Anmeldungen können wir davon ausgehen, dass die Einrichtung wohl Ende 2020 voll belegt sein wird.

Mit der Frage einer Unterkunft im Wald sind wir noch nicht recht weitergekommen. Der Landkreis nimmt hier nämlich – anders als andere Aufsichtsbehörden in Hessen - eine etwas strikte Position ein. Seitens des hessischen Sozialministeriums wird nun nicht zuletzt auf unsere Initiative hin eine landesweit einheitliche Regelung angestrebt. Sollte sich hier etwas tun, so stehen Haushaltsmittel noch aus 2018 zur Verfügung.

Für den Waldkindergarten bzw. den Schutzraum sind einige Anschaffungen notwendig, Gelder hierfür wurden eingestellt.

Zudem haben wir erstmals seit Jahren den Ansatz für Spiel- und Bastelmaterial erhöht und tragen damit auch der Tatsache Rechnung, dass zusätzliche Gruppen aus diesem Ansatz bedient werden müssen.

Auch den bereits einmal im Haushalt enthaltenen Ansatz für eine Startförderung zusätzlicher Tagesmütter (5.000 Euro) haben wir wiederaufgenommen. In diesem Bereich haben wir Bedarf. Schon eine weitere Tagesmutter würde dazu beitragen, die angestiegene Nachfrage nach U3-Betreuungsplätzen zu minimieren.

Das Angebot „**Drop in**“ zur frühkindlichen Bildung erfährt 2019 eine Fortsetzung, auch wenn sich der Zuschuss des Landes von 5.000 Euro auf 2.500 Euro reduziert. „Drop in“ wird gut angenommen und ist **auch ein Beitrag zur Integration**.

Nicht gut angenommen wurde leider das vorgesehene Seminar „Lebensqualität durch Nähe“ (LQN). Dieses kam leider nicht zum Tragen. Daher ersparen wir uns 2019 hierfür vorgesehene Ausgaben.

Gemeinsam mit dem Landkreis wollen wir auch im kommenden Jahr eine Betreuung in den Sommerferien anbieten.

Der **Außenbereich der KiTa „Sonnenschein“** in der Eichsfelder Straße soll endlich eine teilweise Umgestaltung und damit Aufwertung erfahren. Zudem braucht das Gebäude u.a. einen neuen Außenanstrich (insgesamt 38.000 Euro). Möglich wird dies durch – s. vorn – die „Hessenkasse“.

Beim **Spielplatz in Mengersberg** haben wir 2019 auf einen Ansatz für ein zu ersetzendes Spielgerät verzichtet, weil hier geschaut werden soll, inwieweit dies über das Dorfentwicklungsprogramm förderfähig ist und Mittel für 2020 vorgesehen.

Auch im Bereich der Seniorenarbeit wollen wir den eingeschlagenen Weg zielorientiert weitergehen. Mit Unterstützung des Kreises sollen zunächst nachhaltige Strukturen geschaffen werden und dann eine Ansprechstelle entstehen. Diese soll dann später in das Familien- und Generationszentrum überführt werden.

Das Thema **Mobilität** ist gerade auch für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger von Bedeutung.

Wir werden uns daher um einen „**Bürgerbus**“ beim Land bewerben und haben einen Ansatz für dessen Betrieb und Unterhaltung vorgesehen.

Es gibt aktuell Überlegungen und Gespräche, ob 2019 nicht ein Verein „Neustadt aktiv“ (vergleichbar der Bürgerhilfe in Mardorf oder Lahntal) gegründet werden könnte, unter dessen Dach dann u.a. der Betrieb eines solchen „Bürgerbusses“ möglich wäre.

Was dieser Verein an weiteren Angeboten bereithalten könnte, hängt vom Engagement möglicher Ehrenamtlicher ab. Die Kommune kann dies unterstützen. Damit es aber nachhaltig ist, müssen dies Bürgerinnen und Bürger mittragen und voranbringen. **Lahntal und Mardorf können uns bei diesem Prozess Vorbild sein.**

2019 sollten wir auch mit der **Ausweisung von Bauland in Neustadt** vorankommen. Die Zeichen für die Abrundung des Baugebietes hinter der Fa. Will stehen gut.

Die Thematik spielt natürlich auch für die Stadtteile, vorrangig **Momberg** und **Mengsberg**, eine Rolle. Das Thema wird dort im Rahmen des Dorfentwicklungsprozesses besprochen.

Uns allen ist bewusst, dass gerade junge Familien nicht nur nach Leerständen schauen, sondern auch nach neuen Bauflächen. Dem müssen wir Rechnung tragen, wenn wir ihnen eine Perspektive vor Ort eröffnen wollen.

Eine Lösung für das Thema „**Baulücken**“ sehe ich im Übrigen gegenwärtig noch nicht. Mir ist noch keine gute Idee eingefallen, wie man die Verkaufsbereitschaft der Eigentümer in einer Niedrigzinsphase erhöhen kann.

Die Mittel für kleinere Umweltschutzmaßnahmen und Bildungsangebote in der Natur („**SILEK-Ansatz**“) haben wir 2019 um 2.500 Euro angehoben. Hier gibt es immer wieder Anfragen der Heimat- und Verschönerungsvereine und von Umweltgruppen. Diese Eigeninitiative verdient kommunale Unterstützung.

„Der Demographische Wandel – Kernaussagen zur Lage vor Ort.“

Wenn ich über Kleinkinder und Senioren spreche, dann bin ich natürlich bei den Themen Demographischer Wandel und Bevölkerungsentwicklung.

2015 und 2016 stiegen die Einwohnerzahlen der Kommune aufgrund der hohen Zahl von Geflüchteten in der EAE massiv an.

Aktuell pendelt sich die Belegungszahl zwischen 200 und 250 ein. In der Kommune selbst dürften zwischen 150 und 200 Geflüchtete leben. Die Zahlen verändern sich immer wieder.

Wie viele der Geflüchteten letztlich dauerhaft in unserer Kommune bleiben, vermag daher keiner verbindlich zu sagen.

Dafür spielt insbesondere die Frage wohnortnaher Arbeitsplätze eine entscheidende Rolle.

Für die Integration dieser Menschen ist es sicher besser, wenn sie in der Fläche verteilt sind und nicht nur in die Ballungsräume ziehen.

In den Statistiken wird der vor einigen Jahren prognostizierte deutliche Bevölkerungsrückgang dadurch aufgefangen. Die Einwohnerzahl bleibt gegenwärtig relativ stabil.

Zudem stellen wir fest, dass die Geburtenzahlen mäßig, aber regelmäßig ansteigen. Eine erfreuliche Entwicklung. Die aber natürlich – wie dargestellt – ein Mehr an Betreuungskosten nach sich zieht.

Neustadt ist eine Wohnstadt. Wir wollen eine noch attraktivere Wohnstadt werden.

Dazu dienen auch wieder viele Maßnahmen dieses Haushaltsplanes.

Die Auseinandersetzung mit dem Demographischen Wandel bestimmt natürlich in vielen Bereichen die Arbeit der Verwaltung.

Auch bei Baumaßnahmen fragen wir nach den tatsächlichen Bedarfen und den Folgekosten.

Dies gilt nicht zuletzt für den Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums, wo wir die Größe des Saales um über sechzig Plätze reduziert haben.

Wir stellen leider fest, dass sich immer weniger Menschen dauerhaft in unseren Vereinen engagieren. Dem müssen wir entgegenwirken. Hier ist nicht nur die finanzielle Unterstützung der Kommune gefragt, sondern eine positive „Mund-zu-Mund-Propaganda“. **Ehrenamt muss positiv besetzt sein.**

Nochmals kurz zu konkreten Vorhaben des Haushaltes 2019.

Im Rahmen des bei der „**Sozialen Stadt**“ zu schaffenden **Verfügungsfonds** (35.000 Euro) wollen wir überlegen, inwieweit wir ein **Programm gegen Ladenleerstand** auflegen können.

Andere Kommunen haben damit bereits positive Erfahrungen gemacht. Ich denke etwa an Rotenburg/Fulda.

Zudem wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit in den Wohnquartieren erhöhen.

Auch 2019 wird es wieder erhebliche Investitionen in den Brandschutz geben.

Der Einsatzleitwagen wird angeschafft und die Freiwillige Feuerwehr Neustadt-Mitte bekommt Ersatz für den abgängigen Mannschaftstransportwagen.

Mittelfristig müssen wir uns mit Veränderungen bei der nicht mehr normgerechten Feuerwehrunterkunft in Speckswinkel und dem Ersatz des dortigen bereits über 25 Jahre alten Fahrzeuges befassen.

„Dankeschön“.

Ich weiß, dass ich bei all dem, was wir vorhaben, auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Verwaltung bauen kann.

Ohne ihren Einsatz könnten wir auch die Ziele des Haushaltsplanes 2019 nicht umsetzen.

Mein Dank gilt heute besonders denen, die dieses umfangreiche Zahlenwerk nach den politischen Vorgaben des Bürgermeisters erstellt haben.

Namentlich will ich insbesondere **Gitta Kurz**, aber auch **Holger Michel** nennen. Trotz der Umstellung der Finanzsoftware und der damit verbundenen besonderen Herausforderungen und auch trotz der zusätzlichen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Wechsel zum MZV Biedenkopf ist es gelungen, den Haushaltsplan termingerecht fertigzustellen.

Mein Dank gilt natürlich auch den Damen und Herren des Magistrats für das kollegiale Miteinander und die einvernehmliche Beratung des Haushaltes 2019.

Ein besonderer Dank an den Ersten Stadtrat Wolfram Ellenberg, der mich nicht zuletzt durch die Wahrnehmung von Terminen unterstützt.

„WIR! für Neustadt – packen wir es an!“

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt und im Integrierten Entwicklungskonzept für das Dorfentwicklungsprogramm haben wir Leitbilder formuliert. **Leitbilder, die aussagen sollen, wohin sich eine Kommune entwickeln möchte.**

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein zusätzliches Leitbild formulieren, dass die beiden anderen in einem Wort zusammenfasst: WIR!

WIR! leben in Neustadt, Mengersberg, Momberg und Speckswinkel.

WIR! haben die Aufgabe, unsere Kommune voranzubringen.

WIR! wollen eine Stadt für Jung und Alt, für immer schon dagewesene und für hinzugekommene, für Menschen mit und ohne Handicap.

WIR! – ein Gefühl das ich weiter stärken und ausbauen möchte.

Nach wie vor treibt mich der Gedanke an eine **Bürgerstiftung** um, allerdings ist gegenwärtig die Zinssituation hierfür nicht günstig.

Auch die bei Daimler-Benz und anderen Konzernen geborene Idee, die **Cent-Beträge des Lohnes für ein soziales oder kulturelles Projekt zu spenden**, finde ich toll.

Stellen sie sich vor, 2.000 Neustädter spenden jeder im Monat nur 50 Cent von Gehalt, Rente oder Pension, dann kämen im Jahr 12.000 Euro zusammen. Eine stattliche Summe mit der einiges bewegt werden könnte.

Ein **Bürgeraktionstag** wäre auch eine tolle Sache, wir haben so etwas Ähnliches ja beim Spielplatzbau in der Emil-Rössler-Straße gesehen. **Da wächst Gemeinschaft.**

WIR! alle aktiv und engagiert für unsere Heimatstadt.

„Wer ein Ziel nicht verfolgt, der bleibt nicht nur stehen, sondern der fällt zurück.“

Wir haben ein gemeinsames Ziel: **„Neustadt 2025“**.

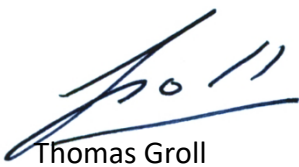
Die Grundlagen dafür sind gelegt. Die Vorarbeiten geleistet. Unser „kleiner Segler Neustadt“ hat Fahrt aufgenommen.

Wir begeben uns auf keinen einfachen Segeltörn, es ist schon eine anspruchsvolle Regatta, die wir in den kommenden Jahren vor uns haben.

Manche Klippen werden wir umschiffen müssen. Einfach kann jeder. Wir stellen aber uns den Herausforderungen.

Packen wir es auch 2019 gemeinsam an.

Neustadt (Hessen), im Dezember 2018



Thomas Groll
Bürgermeister